

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 2 Standpunkt**
Innenstadt ist mehr als
die Summe ihrer Nutzungen
- 9 Forschung & Publikationen**
Kommunaler Umgang
mit Gentrifizierung
- 14 Neue Projekte**
Finanzausgleich und
kommunale Investitionen
- 20 Veranstaltungen**
Gender Budgetierung
für Transparenz
und Gerechtigkeit

Editorial

Standpunkt

- 4 Die Innenstadt ist mehr als die Summe ihrer Nutzungen!

Forschung & Publikationen

- 6 Kommunalen Umgang mit Gentrifizierung
- 7 Baukulturbericht Stadt und Land
- 8 Doppelte Innenentwicklung
- 9 Stadt und Romantik
- 10 Monitor Nachhaltige Kommune
- 11 Wärmewende: mit Hemmnissen umgehen lernen
- 12 Online-Wertschöpfungsrechner
- 14 Erweiterte Kommunalrichtlinie
- 15 Finanzausgleich und Kommunen

Neue Projekte

- 16 Infoplattform Aktion Fläche
- 17 Smart City in Kommunen
- 17 Städtische Versorgung klimagerecht
- 18 lebensWerte Kleinstädte
- 18 Agenda 2030 auf kommunaler Ebene

Veranstaltungen

- 24 Veranstaltungsvorschau
- 25 Deutscher Nachhaltigkeitspreis
- 26 Wettbewerb Klimaaktive Kommune 2016
- 28 Demografie: Aktiv die Zukunft gestalten
- 30 Gender Budgetierung fördert Transparenz
- 31 Autonomes Fahren in Kommunen
- 32 Wassersensible Stadtentwicklung
- 33 Gesundes Aufwachsen von Kindern
- 34 Sicherheit im Wohnumfeld

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich ‚Doppelte Innenentwicklung‘?
- 19 Bestellschein
- 21 Difu-Service für Zuwanderer
- 35 Neue Difu-Zuwandererstadt Norderstedt
- 36 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 37 Difu aktiv
- 38 Neues im Difu-Inter-/Extranet
- 39 Difu-Mediennachlese
- 22 Impressum

Editorial



Fotos: David Ausserhofer

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir freuen uns sehr, Ihnen die erste Ausgabe der neu gestalteten Berichte, des vierteljährlich erscheinenden Magazins des Difu, präsentieren zu können! Im letzten Jahr haben wir damit begonnen, im Rahmen eines Corporate-Design-Prozesses zusammen mit der Berliner Agentur 3pc die Difu-Produkte in ihrem Erscheinungsbild weiterzuentwickeln: Sie werden feststellen, dass sich nicht nur die „Berichte“ verändert haben, sondern auch das Difu-Logo. Kontinuität durch Beibehaltung von Bewährtem und Innovation im Sinne der Qualitätssteigerung ohne kurzlebige modische Attribute sind für uns in dem Prozess zentrale handlungsleitende Prinzipien. Es ist uns auch in Zukunft wichtig, unsere Arbeitsergebnisse und Dienstleistungen stets praxisorientiert und nutzerfreundlich aufzubereiten. Wir hoffen sehr, dass Ihnen der neue Auftritt gefällt und freuen uns über jede Rückmeldung und Anregung zu unserer Pilotausgabe!

Weiterhin ist es unser Anspruch, die Zukunftsthemen der Kommunen frühzeitig aufzugreifen und in unsere Arbeit einzubeziehen – in Forschung, Fortbildung und Erfahrungsaustausch. So widmen wir uns auch in der neuen Ausgabe der Berichte wieder hochaktuellen Themen des kommunalen Diskurses: Gentrifizierung, Innenstadtentwicklung und Einzelhandel, Kommunale Investitionen, Smart City, autonomes Fahren, Kommunaler Klimaschutz oder Jugendhilfe sind einige Beispiele.

Wir hoffen, dass Sie aus den Beiträgen und weiterführenden Informationen auf unserer Website Nutzen für Ihre Arbeit oder Ihr Interessengebiet ziehen können. Vielleicht geben die Beiträge neue Impulse oder regen zur Kontaktaufnahme an. Das würde uns freuen!

Es grüßen herzlich

Professor Martin zur Nedden
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Dr. Busso Grabow
Geschäftsführer

Die Innenstadt ist mehr als die Summe ihrer Nutzungen

Städte können sich keine schwache Innenstadt „leisten“. Eine langfristige und nachhaltige Stärkung der Innenstädte muss mit einer vorwärtsgewandten Bedeutungs- und Inhaltsbestimmung der Zentren einhergehen.

Städte brauchen lebendige Zentren. In der Vielfalt ihrer Eigenschaften – Identifikationsort, kultureller Mittelpunkt, Schaufenster der Geschichte, Wirtschaftszentrum, Begegnungsort, Marktplatz – zeigt sich der hohe Anspruch an ihre Leistungsfähigkeit und Strahlkraft. Mit den hohen Erwartungen sind jedoch auch Zukunftssorgen verknüpft. So geht es heute – nach „Stadtflucht“ und „Grüner Wiese“ – vor allem um die Effekte der Digitalisierung. In technikverliebten Zukunftsbildern werden selbstorganisierte Häuser von Transportdrohnen beliefert, während die Menschen von autonomen Fahrzeugen kutschiert werden. Die Innenstadt spielt in solchen Szenarien keine Rolle. Ob der technische Fortschritt die Stadt sukzessiv überflüssig macht, ist allerdings keine gänzlich neue Frage. Und den Dystopien zum Trotz, entwickeln sich immer wieder neue, unerwartete Vernetzungen von Informationstechnologie und Raum. So ging im vergangenen Sommer plötzlich die Jugend auf die Straße – um Pokémons zu fangen.

„Man is man's greatest joy“ – die Menschen selbst sind die größte Attraktion in den Städten, so Jan Gehl in einem Vortrag auf dem Stadtforum Berlin 2006; und anderen Menschen zu begegnen oder sie auch nur zu beobachten, ist die am meisten verbreitete Tätigkeit in jeder Stadt. Die besten Beobachtungsaussichten resultieren noch immer aus dem Bedeutungsüberschuss der Innenstädte. Neben ihrer historischen, wirtschaftlichen, administrativen und kulturellen Bedeutung sind sie auch Alltagsorte der Wohnbevölkerung. Aus dem Miteinander von Besonderheit und Alltäglichkeit resultiert die Spezifik des urbanen Lebens und die Unterschiedlichkeit der Innenstädte. Die Städte eint, dass die Innenstadt Schauplatz von Ansprüchen und Umbrüchen ist. Die Balance aus der Vielfalt der Funktionen und der Dominanz einzelner Bereiche muss immer wieder neu ausgehandelt werden.

Dieser Spagat wird besonders an dem häufig als Leitnutzung der Innenstädte bezeichneten Einzelhandel deutlich, denn die früher oft als stabil empfundene Beziehung zwischen städtischen Zentren und den Handelsbetrieben zeigt sich durchaus ambivalent. Der Handel stellt mit seinen Angeboten nach wie vor einen der wichtigsten Anlässe dar, städtische Zentren aufzusuchen. Noch vor wenigen Wochen waren zur Weihnachtszeit viele

Innenstädte voller Menschen, die Tüten schleppen und hektisch drängelten. Das taten sie, obwohl es durch die Omnipräsenz der Angebote des Online-Handels keine zwingende Notwendigkeit mehr gibt, sich dem Getümmel auszusetzen. Da November und Dezember die umsatzstärksten Monate sind, gibt es eine Reihe von Untersuchungen zum Käuferverhalten, die eine Ambivalenz der Kunden zeigen. Nach der Befragung von Ernst & Young (2016) kaufen 71 Prozent der Befragten Weihnachtsgeschenke lieber im stationären Handel. Als Gründe dafür wurden neben der direkten Inaugenscheinnahme der Waren und der Beratung, auch Atmosphäre sowie Inspirationen beim Einkaufsbummel angegeben. Auch nach den Ergebnissen der FOM-Weihnachtsumfrage (2016) sind die Einkaufszentren und Fachgeschäfte die wichtigsten Einkaufsmöglichkeiten. Erst auf Platz 3 folgt die Bestellung über das Internet.

Die Beziehung des Handels zu den städtischen Zentren ist eng an deren Potenzial gebunden, Menschenmengen anzuziehen. Im Oktober teilte die Aktiengesellschaft des Kaufhauses Beck am Münchener Marienplatz mit, dass sich der Konzernumsatz im dritten Quartal im Vergleich zum Vorjahr um zwölf Prozent verringert habe. Gründe dafür wären in den Attentaten von Paris, Brüssel und Nizza, dem Amoklauf in München und dem heißen Augustwetter zu sehen (Merkur 6.10.16). Auch die zunehmende Fokussierung des innerstädtischen Handels auf den Bereich Textil ist nicht unumstritten, da gerade in diesem Segment der Online-Handel hohe Zuwächse verzeichnet. Einzelhändler gehen zunehmend den Weg des Multichannel, bieten also selbst online und offline an. Perspektivisch stellt sich damit u.a. die Frage, wie viel bzw. wenig Verkaufsfläche eigentlich noch gebraucht wird und an welchen Standorten. Die Kraft des Handels, allein für die Belebung (und damit für die Vitalität) von Zentren zu sorgen, sollte realistisch eingeschätzt werden.

Das hat Auswirkungen auf die bisher unangefochtene Dominanz des Handels in Debatten um die „Lebendigkeit“ von Innenstädten („Stirbt der Handel, stirbt die Innenstadt“). Es muss hinterfragt werden, ob Innenstadtentwicklung und Handelsentwicklung wirklich synonym betrachtet werden sollten bzw. welche Erweiterungen perspektivisch



Foto: A. Koroll



Foto: David Ausserhofer



Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Prof. Martin zur Nedden
+49 30 39001-214
zurnedden@difu.de



Foto: Ricarda Pätzold

notwendig sind. Schaut man sich an, welche Städte und Quartiere für den Handel erneut attraktiv geworden sind – denn diese gibt es ja durchaus – findet sich dort meist eine hohe Funktionsvielfalt. Die Lösung liegt dann eben nicht darin, Stadtzentren „handelsgerechter“ zu machen, sondern sie in vielerlei Hinsicht – und so auch für den Handel – attraktiver zu gestalten. Daraus ergeben sich auch neue Anforderungen an die Akteure des Einzelhandels und der Immobilienwirtschaft. Beide müssen sich in stärkerem Maße in die Partnerschaft mit Stadt und Quartier einbringen: Mit der Forderung an Kommunen nach Attraktivitätssteigerung des städtischen Umfelds ist es nicht getan! Aber meist fällt bereits der Gedanke an gemeinwohlorientierte oder standortdienliche Kriterien bei der Vermietung – neben oder gar statt der maximal erzielbaren Miete – der Selbstzensur zum Opfer, weil man sich nicht mit utopischen Forderungen lächerlich machen möchte. Viele Standortkonzepte – von der Weihnachtsbeleuchtung über Ausgestaltung von Festen bis zu Händlergemeinschaften – bauen immer noch auf inhabergeführten Fachgeschäften auf. Doch die spielen angesichts des hohen Filialisierungsgrads in Innenstädten eine immer geringere Rolle und sind – trotz der Wertschätzung in Umfragen – die großen Verlierer des Strukturwandels. Damit führt kein Weg daran vorbei, dass sich auch Filialisten und Franchise-Unternehmen in Standortkooperationen einbringen.

Die Suche nach weiteren Standbeinen für eine Belebung der Innenstadt lenkt den Blick auf andere (komplementäre) Nutzungen und Funktionen städtischer Zentren sowie den öffentlichen Raum. Das Wohnen ist ein wichtiges Bindeglied zu anderen Nutzungen und die Innenstadt braucht Besizende

und Bewohnende, die das Zentrum mit Leben füllen. Mit der Rückkehr des Wohnens und des Alltagslebens in Innenstädte steigen nochmals die Anforderungen an die Benutzbarkeit und Aufenthaltsqualität der zentralen öffentlichen Räume. Die Ausgangsbedingungen sind so gut wie lange nicht, denn die Attraktivität des Wohnungsbaus führt auch zum Neubau von Wohnungen in innerstädtischen Lagen. Besonders interessant sind Projekte, in denen Verzahnungen von Handel und Wohnen sowie sozialen Nutzungen im Gebäude realisiert werden (z.B. Wohnungen in Obergeschossen von Shoppingcentern oder große Supermärkte als Sockelnutzungen von Wohngebäuden). Eine solche Reintegration bedarf oft starker städtischer Impulse, denn die Immobilienentwickler scheuen oft gemischt genutzte Immobilien.

Städte können sich keine schwache Innenstadt „leisten“. Langfristige und nachhaltige Stärkung der Innenstädte muss mit einer vorwärtsgewandten Bedeutungs- und Inhaltsbestimmung der Zentren einhergehen. Dazu gehören konzeptioneller Weitblick, Kooperationen mit diversen Akteuren sowie die Bewahrung und auch Verteidigung der gesellschaftlichen und sozialen Funktionen des innerstädtischen Raums gegenüber wirtschaftlichen Interessen. Patentrezepte für den richtigen Weg gibt es nicht. Vielmehr bedarf es stadtspezifischer Strategien entsprechend jeweiliger örtlicher Rahmenbedingungen. Gefragt sind Vertrauen in Beständigkeit, Notwendigkeit und Wandelbarkeit der Zentren. Auch wenn die Trends immer schneller wechseln, denke man nur an Flashmobs, Public Viewing oder Pokémoms, es werden immer neue Anlässe gefunden werden, damit Menschen sich treffen und etwas erleben können.



www.difu.de/11026

zum Weiterlesen

DST – Deutscher Städtetag (Hrsg.) (2016): Zukunft von Stadt und Handel. Diskussionspapier des Deutschen Städtetags (Entwurf), Berlin und Köln.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2011): Weißbuch Innenstadt. Starke Zentren für unsere Städte und Gemeinden, Berlin.

BBSR/BMUB und HDE (Hrsg.) (2016): Mögliche räumliche Auswirkungen von Online-Handel auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren, Bearbeitung Difu und BBE München. (noch unveröffentlicht).

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Neue Difu-Veröffentlichung stellt Praxiserfahrungen der Städte Berlin, Dortmund, Freiburg, Köln, Leipzig, München, Stuttgart und Wien mit stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Steuerungsmöglichkeiten „gegen“ Gentrifizierung vor.

Verdrängung von Mietern, Engpässe bei bezahlbaren Mietwohnungen, Veränderung von Stadtquartieren: „Gentrifizierung“ wird häufig als Chiffre herangezogen, all diese Prozesse zu beschreiben. Gleichzeitig werden damit Forderungen an Politik und Verwaltung formuliert, sozial-räumliche Gerechtigkeit sicherzustellen. Gerade weil der Begriff Gentrifizierung oft „kämpferisch“ verwendet wurde, haben viele Kommunen in der Vergangenheit eher vermieden, sich offensiv damit auseinanderzusetzen. Diese Situation hat sich verändert, denn in vielen (Groß-)Städten wird es angesichts von Zuwanderung sowie steigenden Immobilien- und Mietpreisen immer schwerer, eine Wohnversorgung sicherzustellen, die sich auch weniger einkommensstarke Bevölkerungsgruppen leisten können. Vor diesem Hintergrund entstand das Kooperationsprojekt „Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung“, das die Städte Berlin, Dortmund, Freiburg, Köln, Leipzig, München, Stuttgart und Wien gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik von 2014 bis 2016 durchgeführt haben. Darin ging es weniger um eine wissenschaftliche Vertiefung von Befundlagen zu Gentrifizierung. Im Vordergrund stand vielmehr die Frage, wie sich die projektbeteiligten Städte dem Phänomen Gentrifizierung stellen und welche Ziele sie unter den gegebenen Rahmenbedingungen erreichen können. Folgende Fragen standen im Fokus: Welche „Befunde“ rund um das Thema „Aufwertung“ werden von wem wie bewertet? Welche Möglichkeiten der kommunalen Steuerung von Entwicklungen „betroffener“ Quartiere bestehen? Welche Formen der Kommunikation mit unterschiedlichen Akteursgruppen erscheinen notwendig oder wenigstens wünschenswert?

Die Projektergebnisse sind als Studie „Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung. Praxiserfahrungen aus acht Kommunen“ in der Reihe „Edition Difu – Stadt Forschung Praxis“ veröffentlicht. Neben der Darstellung der acht Fallstudien findet sich darin unter anderem eine Auseinandersetzung mit jüngeren Trends der (Innen-)Stadtentwicklung sowie mit dem Phänomen Gentrifizierung aus wissenschaftlicher Perspektive. Die zentralen Fallstudien-ergebnisse fließen in Handlungsempfehlungen ein, und es werden Vorschläge zur Veränderung übergeordneter Rahmenbedingungen aus Sicht der projektbeteiligten Akteure dargestellt.



Foto: Wolf-Christian Strauss

Auch wurden eine handlungsorientierte Annäherung an Gentrifizierung aus kommunaler Perspektive sowie Thesen zum kommunalen Umgang damit erarbeitet.

Insgesamt zeigt sich: Die Kommunen stehen zwischen zwei Ebenen von Rahmenbedingungen. Übergeordnet werden Städten durch gesetzliche Regelungen wie Miet-, Bau- und Bodenrecht sowie durch Rechtsinstrumente zur Steuerung von Stadt(teil)- und Wohnungsmarktentwicklung Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Gleichzeitig definieren diese Gesetze und Instrumente auch die Reichweitengrenzen. Auf der kommunalen Ebene selbst geht es unter anderem um die Frage, inwieweit hier die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten (tatsächlich) ausgeschöpft werden bzw. warum dies ggf. nicht der Fall ist. Erschwerend kommt hinzu, dass es sich bei „Gentrifizierung“ nur im Idealfall um einen exakt definierbaren Tatbestand handelt, aus dem sich unmittelbar der „richtige“ Maßnahmenansatz von Politik und Verwaltung ableiten lässt. Da Gentrifizierung für eine generelle, prozesshafte Auseinandersetzung unterschiedlicher Akteure mit ihren jeweiligen Interessen an unterschiedlichen Qualitäten von Stadt(teilen) steht, stellt sich neben der „Instrumentenfrage“ auch die nach geeigneten Kommunikationsstrategien und -formaten zwischen Politik, Verwaltung und anderen Akteuren – allen voran Einwohnern. Hier geht es um die „untere“ Ebene der Rahmenbedingungen kommunalen Handelns: Die von Politik und Verwaltung als „richtig“ definierten stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Strategien sind mit Vorstellungen und Befürchtungen zu konfrontieren, die in den Lebenswelten vor Ort formuliert werden.



www.difu.de/11026
www.difu.de/10809



Bestellschein S. 19/20



Dr. Thomas Franke
+49 30 39001-107
franke@difu.de

**Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss**
+49 30 39001-296
strauss@difu.de

Aktueller Baukulturbericht: Baukulturelles Bewusstsein gefordert

Das Difu erarbeitete im Auftrag der Bundesstiftung Baukultur, unterstützt durch die Planungsgruppe Stadt + Dorf, den „Baukulturbericht Stadt und Land 2016/2017“. Der Fokus des aktuellen Berichts liegt auf dem ländlichen Raum.

Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland würde gern in einer Klein- oder Mittelstadt, am liebsten sogar in einer Landgemeinde leben – so eines der Ergebnisse aus der Bevölkerungsumfrage zum neuen „Baukulturbericht Stadt und Land 2016/2017“. Was aber macht die Vorstellung von einem Leben auf dem Land so anziehend? Und wie sieht die Realität in den Landgemeinden, Klein- und Mittelstädten tatsächlich aus? Welchen Beitrag leistet die Baukultur zur Attraktivität ländlicher Räume und welche Rolle spielt sie bei der Bewältigung des demografischen Wandels, der Energiewende und der Mobilisierung von bürgerschaftlichem Engagement? Diesen Fragen ging das Difu im Auftrag der Bundesstiftung Baukultur nach, unterstützt durch die Planungsgruppe Stadt + Dorf.

Der Baukulturbericht erläutert die unterschiedlichen und oft schwierigen Herausforderungen von kleineren Kommunen in ländlichen Räumen. Je nach regionalem Kontext und Gemeindegröße sind die Rahmenbedingungen ganz unterschiedlich. Viele der in der Nähe einer Großstadt liegenden Landgemeinden und Kleinstädte wachsen. Entsprechend stark sind Nutzungs- und Bebauungsdruck. Fernab der Großstädte verzeichnen die Gemeinden starke Bevölkerungsverluste und müssen sich vor allem mit Fragen der Alterung der Bevölkerung, dem Gebäudeleerstand und der Sicherung der Daseinsvorsorge beschäftigen. Mittelstädte kämpfen in der Nähe einer Großstadt mit Bevölkerungsverlusten, in peripherer Lage sind sie jedoch wichtiger Bezugspunkt und Entwicklungsmotor für das ländliche Einzugsgebiet. Fast alle Gemeinden im Bundesgebiet weisen Neubaugebiete für potenzielle Zuzügler aus – ungeachtet

ihrer jeweiligen Entwicklungsdynamik. Neubaugebiete entstehen meist als Einfamilienhausgebiete am Ortsrand und führen oft dazu, dass Ortskerne ihre Funktion verlieren und veröden. (Re-)Vitalisierung ländlicher Gemeinden und Identitätsstärkung der Ortsmitte zählen daher zu den großen Herausforderungen in der Baukultur.

Der Baukulturbericht bündelt zahlreiche Forschungsvorhaben, Aktivitäten und Initiativen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zur Veranschaulichung der derzeitigen Entwicklungstrends. In den Kapiteln „Vitale Gemeinden“, „Infrastruktur und Landschaft“ und „Planungskultur und Prozessqualität“ werden zudem spezifische baukulturelle Anliegen und Lösungswege anhand von Praxisbeispielen vertieft. Besonders erfolgreiche Projekte zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen sind ausführlich als „Gute Beispiele“ aufbereitet.

Ein interdisziplinär zusammengesetzter Begleitkreis unterstützte die Bearbeitung des Berichts. Bei Baukulturwerkstätten in Kassel, Regensburg und Frankfurt am Main wurde intensiv mit der (Fach-)Öffentlichkeit über die drei Fokusthemen diskutiert. Wichtige Erkenntnisse für den Bericht lieferten die Ergebnisse der Kommunalumfrage des Difu sowie eine von der Ipsos GmbH durchgeführte Bevölkerungsumfrage zu Baukultur und ländlichen Räumen. Fragestellungen und Umfrageergebnisse sind im Anhang zum Bericht veröffentlicht, im Bericht selbst sind sie textlich und grafisch aufbereitet.

Die zentralen Ergebnisse sind im Bericht in Kernbotschaften zusammengefasst und als Handlungsempfehlungen konkretisiert. Sie richten sich an alle Akteure der Baukultur auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene und fordern vor allem: Mehr baukulturelles Bewusstsein – für die Stärkung der Ortskerne, für eine qualifizierte Landschafts- und Infrastrukturplanung sowie für Potenziale vor Ort, die es in der individuellen Planungskultur zu nutzen gilt.



Baukulturwerkstatt zu Planungskultur und Prozessqualität in Frankfurt/Main



www.difu.de/10968



Bestellschein S. 20



Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de



Foto: Daniela Michalski

Urbanes Grün in die Innenentwicklung integrieren

Gemeinsame Studie von Difu und dem Institut für Landschaftsarchitektur der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf „Urbanes Grün in der doppelten Innenentwicklung“ vermittelt grundlegende Erkenntnisse.

Dem urbanen Grün kommt insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels und als Faktor innerstädtischer Lebensqualität große Bedeutung zu. Dies wird auch durch den von der Bundesregierung verfolgten Grün- und Weißbuchprozess „Grün in der Stadt“ unterstrichen. Eine durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) geförderte, empirisch angelegte Studie befasst sich intensiv mit den kommunalen Herausforderungen, die mit diesem Thema verbunden sind. Zusätzlich wurden die Ergebnisse als Empfehlungen für die kommunale Praxis in einer in Kürze erscheinenden Broschüre aufbereitet sowie zwei Tools als konkrete Hilfestellung für die Arbeit in den Kommunen entwickelt.

Im Kern geht es bei der doppelten Innenentwicklung um einen sachgerechten Umgang mit den häufigen Zielkonflikten zwischen baulicher und freiraumbezogener Entwicklung. Doppelte Innenentwicklung verfolgt einen integrierten Ansatz: Flächenreserven im Bestand sollen sinnvoll baulich genutzt, gleichzeitig aber auch urbanes Grün entwickelt, vernetzt und qualitativ verbessert werden. Bei der Herausforderung, urbanes Grün für die Entwicklung der Städte nutzbar zu machen, sind neben den ökologischen Funktionen des urbanen Grüns auch die sozialen Funktionen sowie die wirtschaftliche Dimension, z.B. im

Zusammenhang mit Maßnahmen einer dezentralen naturnahen Regenwasserbeseitigung, in den Blick zu nehmen. Entwicklungsziele für das urbane Grün müssen dabei in einer integrierten Gesamtstrategie für die Innenentwicklung zusammengebunden werden.

Die Studie zeigt einen breit gefächerten Instrumentenkasten auf, der für die Entwicklung des urbanen Grüns und deren Einbindung in eine integrierte Strategie zur Innenentwicklung der Städte genutzt werden kann. Ausgangspunkt ist eine gute, aktuelle Datengrundlage über den Zustand des Stadtgrüns sowie über Versorgungsdefizite und Potenziale sowie – darauf beruhend – die Entwicklung von Zielen für das urbane Grün. Dies versetzt Verantwortliche in die Lage, nach rationalen, nachvollziehbaren Erwägungen und unter Berücksichtigung der besonderen Bedeutung der Stadtnatur, im jeweiligen räumlichen Kontext zu entscheiden. Es geht um die Entwicklung von integrierten Leitbildern, Strategien und Konzepten für die doppelte Innenentwicklung. Hierzu, wie zu Fragen der Umsetzung, zur Erfassung und Bewertung von Potenzialflächen, zur Finanzierung sowie zur Prozessgestaltung durch Kooperation und Beteiligung werden Handlungsempfehlungen gegeben.



Gleisdreieck



www.bit.ly/2kkaQUK



Dipl.-Ing. Christa Böhme

+49 30 39001-291

boehme@difu.de

Prof. Dr. Arno Bunzel

+49 30 39001-238

bunzel@difu.de



Foto: Wolf-Christian Strauss

Stadt und Romantik

Stadtgeschichte in der literarischen Periode der Romantik, romantische Haltungen gegenüber Stadt sowie Rezeption und Bewahrung von Stadtbildern sind Themen der neuen Ausgabe der „Informationen zur modernen Stadtgeschichte – IMS“.

Die neue Ausgabe der Zeitschrift „Informationen zur modernen Stadtgeschichte – IMS“ behandelt das Thema „Stadt und Romantik“. Die Herausgeberin Gisela Mettele (Jena) akzentuiert in ihrem gleichlautenden Leitartikel, dass dabei nicht etwa nur die Stadtgeschichte in der literarischen Periode der Romantik beleuchtet, sondern vielmehr romantische Haltungen gegenüber Stadt sowie die Rezeption und Bewahrung von Stadtbildern über verschiedene Perioden und Länder hinweg thematisiert werden.

Charlotte Bühl-Gramer (Erlangen-Nürnberg) zeichnet die „romantische ‚Erfindung‘ des mittelalterlichen Nürnberg im 19. Jahrhundert“ nach und zeigt, wie bestimmte Elemente von Stadt im Zuge der Mittelalterbegeisterung des 19. Jahrhunderts besonders „romantisch codiert“ und betont wurden. Der englische Historiker Tom Hulme (Belfast) beleuchtet eine besondere Form der Präsentation und Aneignung von Stadtgeschichte, die sogenannten ‚Pageants‘, die sich in britischen Städten im frühen 20. Jahrhundert außerordentlicher Popularität erfreuten und wichtig für die Herstellung städtischer Gemeinschaft waren. Die Stadtbauhistorikerin Katharina Brichetti (Berlin) diskutiert „Romantisierende Stadtbilder. Historismus und postmoderner Historismus im Vergleich“ und identifiziert verschiedene Phasen des baulichen Historismus in der Aneignung und Wiederschaffung romantischer Stadtbilder. Celina Kress (Berlin) geht auf ein zentrales Werk des berühmten Architekten Aldo Rossi „Fatti Urbani“ ein und thematisiert daran Rossis „Poesie urbaner Dinge“. Christoph Bernhardt (Erkner) setzt sich mit dem Spannungsverhältnis von Romantisierung und „Authentisierung“ des städtischen Bauerbes auseinander, Sylvia Necker (München) reflektiert die „malerische“ Stadt im Architekturdiskurs am Beispiel der „krummen“ Straße. Gisela Mettele schließlich beleuchtet in ihrer Leitrezension Bettina von Arnims berühmte Schrift „Dies Buch gehört dem König“ von 1843 mit ihrer ungeschminkten Darstellung der Wohn- und Lebensverhältnisse in Preußen.

In der Rubrik ‚Forum‘ diskutiert Claudia Gatzka (Freiburg) die Rolle von Städten als Orte politischer Kommunikation in der Bundesrepublik und in Italien nach dem Zweiten Weltkrieg. Michael



Foto: commons.wikimedia.org, gemeinfrei
Rheinpanorama um 1856

Zeheter (Trier) untersucht hygienepolitische Strategien britischer Ingenieure und Kolonialbeamter im indischen Madras des frühen 19. Jahrhunderts unter dem Titel „Minimale Einmischung oder Zivilisierungsmission? Koloniale Ordnungsvorstellungen, Cholerabekämpfung und Reform in Madras, 1818-1854“.

Im Berichtsteil, der wie immer über aktuelle Tagungen im Feld der Stadtgeschichte informiert, fasst Isabelle Schürch die Ergebnisse der Tagung „Die Verschiffung der Welt“ zur Bedeutung vor-moderner Häfen zusammen. Laura Wollenweber berichtet über einen Nachwuchsworkshop „Der Migrant als Konsument in Europa“ mit einer Gegenüberstellung von Konsumräumen und Migrationsmustern in Paris und Berlin in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Volker Köhler referiert die internationale Tagung „Stadt – Macht – Korruption“ mit besonderer Beachtung dieses Zusammenhangs im 19. und 20. Jahrhundert. Zwei Berichte von Christoph Bernhardt und Dieter Schott vom International Committee der European Association for Urban History (EAUH) und von Jörn Eiben über verschiedene Sektionen dieser bedeutenden stadtgeschichtlichen Tagung resümieren wichtige Aspekte der neueren europäischen Stadtgeschichtsforschung. Ein von mehreren Autoren verfasster Bericht präsentiert schließlich die große planungsgeschichtliche Tagung der International Planning History Society (IPHS) in Delft im Juli 2016.



www.difu.de/11018



Bestellschein S. 19/20



PD Dr. Christoph
Bernhardt
+49 33 62793-142
christoph.bernhardt@
leibniz-irs.de

Monitor Nachhaltige Kommune: Baukasten für Kommunen

Bertelsmann Stiftung und Difu stellen als Ergebnis eines Pilotvorhabens ein neues Instrument für ein bundesweites Monitoring nachhaltiger Entwicklung auf kommunaler Ebene vor.



Die Herausforderungen, denen sich deutsche Kommunen zu stellen haben, sind hoch komplex und im ständigen Wandel. Sie erfordern umfassende Konzepte, die auf dauerhafte – nachhaltige – Entwicklung angelegt sind. Entsprechend machen immer mehr Kommunen Nachhaltigkeit zu einer wichtigen Handlungsmaxime, aber nur wenige richten bislang ihr Nachhaltigkeitsmanagement wirkungsorientiert aus und nutzen dafür systematisch Indikatoren und Kennzahlen. An dieser Stelle setzt der Monitor Nachhaltige Kommune an, zunächst mit einem Pilotprojekt, das das Difu im Auftrag und gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung bearbeitet hat. Der Monitor zielt darauf ab, den Stand der nachhaltigen Entwicklung in deutschen Kommunen transparent zu machen und die Entwicklung eines wirkungsorientierten Nachhaltigkeitsmanagements zu unterstützen. Dazu wurde im Pilotprojekt eine Befragung zum kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement durchgeführt und es wurde ein Indikatorenkatalog im „Baukasten-Prinzip“ entwickelt.

Die Befragung richtete sich an die Verwaltungschefs/-innen aller deutschen Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern; 519 haben sich beteiligt. Erfreulich ist, dass Nachhaltige Entwicklung für die befragten Kommunen einen hohen Stellenwert einnimmt: Fast 90 Prozent gaben an, dass das Thema für sie sehr wichtig oder wichtig sei. Einzelne Nachhaltigkeitsthemen stehen derzeit hoch im Kurs, etwa Haushaltsführung, Bildung, Wohnen sowie Klima und Energie. Hingegen haben insbesondere das Engagement für Armut, Sicherheit und die „Eine-Welt“ eher nachrangige Bedeutung. Etwa ein Drittel hatte zum Befragungszeitpunkt eine für Nachhaltigkeitsfragen zuständige Stelle auf unterschiedlichen Verwaltungsebenen eingerichtet. Gefragt nach den Voraussetzungen für erfolgreiches Nachhaltigkeitsmanagement wurde die „Chefsache“ am wichtigsten (knapp 70 Prozent) eingestuft, aber auch das Engagement anderer Verwaltungsangehöriger und Rückhalt in der Politik sind nach Ansicht der Befragten weitere wichtige Erfolgsfaktoren. Schließlich kommen bei fast zwei Dritteln der befragten Kommunen Indikatoren bislang nicht zum Einsatz; nur knapp 6 Prozent verwenden ein umfassendes Indikatorensystem und evaluieren ihre Nachhaltigkeitsaktivitäten damit ganzheitlich.

Diese wesentliche Lücke im kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement soll der Monitor Nachhaltige Kommune mit dem zweiten Kernstück, dem Indikatorenkatalog, füllen. Ziele bei seiner Entwicklung waren insbesondere: Anschlussfähigkeit an schon vorliegende Indikatorensysteme und Orientierung am Bedarf von Kommunen. Viele Quellen auf diversen Ebenen – von Kommunen bis zur EU – wurden dazu gesichtet. Durch die partizipative Weiterentwicklung in begleitenden Projektgremien und durch eine umfassende Bewertung der Indikatoren entstanden im Ergebnis insgesamt 125 Indikatoren, die vier Nachhaltigkeitsdimensionen, untergeordneten Themen und zugehörigen Zielen kommunaler Entwicklung zugeordnet sind. Den Kommunen werden davon 37 „Kernindikatoren“ und 57 „perspektivische Kernindikatoren“ (d.h. von hoher Qualität, aber noch ohne flächendeckende Datenverfügbarkeit) empfohlen. Um unterschiedliche Zugänge zu den Indikatoren zu ermöglichen, wurden diese schließlich auch den Sustainable Development Goals (SDGs), dem Integrierten Produktrahmen, zielgruppenspezifischen Querschnittsthemen und übergreifenden Nachhaltigkeitsagenden zugeordnet. Im Monitorbericht 2016 finden sich zudem statistische Zusammenhangsanalysen und Einzelauswertungen zu den Kernindikatoren sowie gute Beispiele aus der Praxis.



www.difu.de/10994



www.monitor-nachhaltige-kommune.de



Dr. Jasmin Honold
+49 30 39001-198
honold@difu.de

Dr. Busso Grabow
+49 30 39001-248
grabow@difu.de

Wärmewende: Mit Hemmnissen bei der Umsetzung umgehen lernen

Mit Blick auf die Klimaschutzziele der Bundesregierung bleibt der Einsatz erneuerbarer Energien im Wärmemarkt deutlich hinter dem notwendigen Maß zurück und die aktuelle Sanierungsrate ist zu gering. Woran liegt das?

Zur Beantwortung der Frage, warum die Wärmewende bislang noch nicht in Schwung gekommen ist, hat das Difu gemeinsam mit der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU Cottbus-Senftenberg) in den vergangenen drei Jahren das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Vorhaben TransStadt (Transformation des städtischen Energiesystems und energetische Stadtanierung. Kommunales Transformationsmanagement auf Basis integrierter Quartierskonzepte) durchgeführt. Fokus des Projekts ist das Quartier: Eingebettet in gesamtstädtische und regionale Zusammenhänge, stellt es die zentrale Umsetzungsebene für die lokale Wärmewende dar und ermöglicht die gemeinsame Betrachtung von Gebäudemodernisierung und Umbau der Infrastrukturen.

Das aktuelle Difu-Paper „Wärmewende im Quartier. Hemmnisse bei der Umsetzung am Beispiel energetischer Quartierskonzepte“ präsentiert die Ergebnisse des Forschungsvorhabens aus der Analyse von 15 energetischen Quartierskonzepten. Systematisch werden die Hemmnisse für die Umsetzung der lokalen Wärmewende in der kommunalen Praxis aus verschiedenen Perspektiven aufgezeigt. Analysiert werden die Inhalte der Quartierskonzepte und die Gestaltung der Erarbeitungs- und Umsetzungsprozesse, technische Aspekte der Gebäudemodernisierung und Transformation der Wärmeversorgung sowie die Schlüsselakteure der lokalen Wärmewende und deren Handlungsbedingungen. Das Paper verdeutlicht, dass insbesondere bei Bestandsquartieren mit heterogenen Bau- und Eigentümerstrukturen die quartiersbezogenen Umbauprozesse aufgrund der Vielzahl der beteiligten Akteure langwierig und mit

erheblichem Koordinierungsaufwand verbunden sind. Bei der Analyse der Quartierskonzepte zeigt sich ein Bruch zwischen den Klimaschutzzielen der Bundesregierung und deren konzeptioneller und tatsächlicher Umsetzung auf lokaler Ebene. Teilweise sind die klimaschutzpolitischen Zielstellungen im Quartier nur vage und nicht in ausreichendem Maße durch konsistente Strategien und Maßnahmen unterfüttert. Bemerkenswert ist das geringe Maß der Nutzung erneuerbarer Energien für die Wärmeversorgung. Dies gilt nicht nur für den Bestand, sondern auch für die konzeptionellen Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung der Wärmeversorgung. Generell ist festzuhalten, dass Gebäudemodernisierung und Umbau der Wärmeversorgung zu häufig isoliert betrachtet werden und damit Potenziale einer integrierten Herangehensweise ungenutzt bleiben. Vielfach fehlt es in den Kommunen noch an einer langfristigen strategischen Ausrichtung bei der Umsetzung der lokalen Wärmewende. Auch die energetischen Quartierskonzepte werden bislang noch zu wenig in diesem Sinne genutzt. Die für die Transformation städtischer Energiesysteme notwendige enge Partnerschaft zwischen Kommune, Wohnungswirtschaft und Energieversorgung ist bei Weitem noch nicht überall etablierte Praxis.

Die Autoren machen deutlich, dass der Umbau der städtischen Energiesysteme trotz aller Herausforderungen unverzichtbar ist. Die aufgezeigten Hemmnisse sind demnach zugleich Anknüpfungspunkte für die Gestaltung der Wärmewende vor Ort. Quartiere stellen Piloträume für den Umbau städtischer Wärmesysteme dar. Maßstab muss dabei die weitgehende Dekarbonisierung unserer Gesellschaft bis zum Jahr 2050 sein. Aufbauend auf der Analyse der identifizierten Hemmnisse erarbeiten die Projektpartner derzeit einen Leitfaden für ein kommunales Transformationsmanagement zur Realisierung der Wärmewende, der im Frühjahr 2017 erscheint. Das Projekt wird vom BMBF im Rahmen der Fördermaßnahme „Umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems“ gefördert.



Wärme im Altbau dank Solarthermie



www.difu.de/10875



Dipl.-Ing.
Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de

Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de



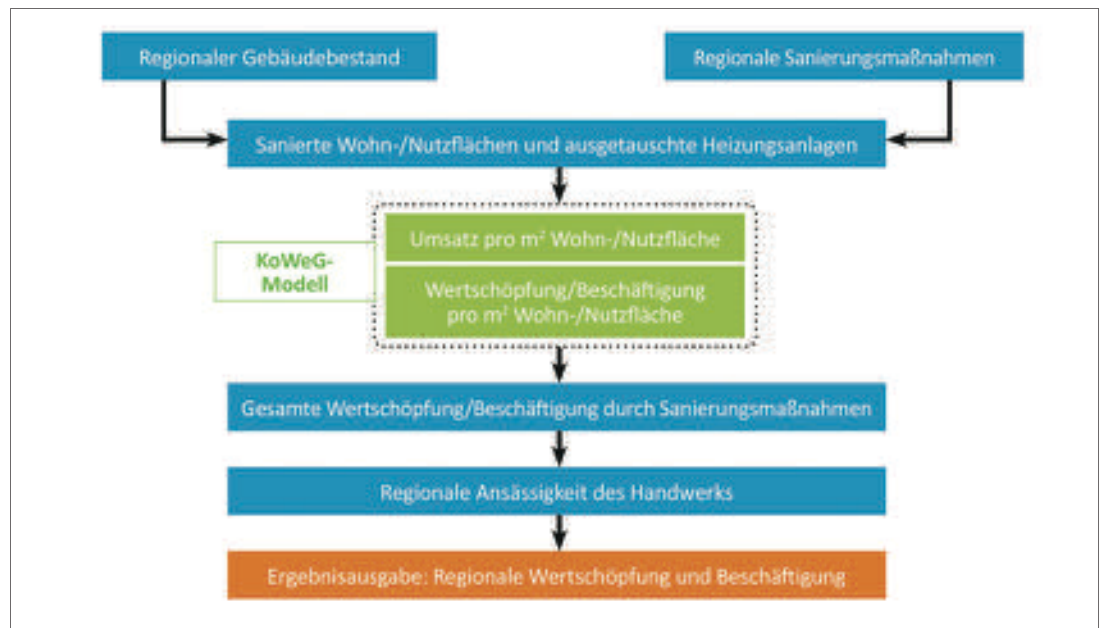
Foto: Thorsten Urbaneck - TU Chemnitz

Energetische Gebäudesanierungen: So können Kommunen profitieren

Der kostenlose Online-Wertschöpfungsrechner ermöglicht die Berechnung von Wertschöpfungs- und Arbeitsplatzeffekten. Er kann auch ermitteln, wie sich durch eine Steigerung der Sanierungsrate die kommunale Wertschöpfung noch erhöhen ließe.



Darstellung der Ergebnisse für eine fiktive Großstadt



Grafik: Difu/IÖW 2016

Gebäude energetisch zu sanieren, spart nicht nur Energie und ist gut für das Klima, sondern schafft auch Arbeitsplätze und trägt zur Wertschöpfung bei. Kommunen können ab sofort mit dem Online-Wertschöpfungsrechner den Umfang solcher regionalökonomischen Effekte selbst ermitteln. Der Rechner steht kostenfrei online zur Verfügung. Er wurde vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gemeinsam mit dem Difu entwickelt und auf der Kommunalen Klimakonferenz Ende 2016 in Berlin öffentlich vorgestellt. Durch die Eingabe von Daten zu Gebäudebestand, Sanierungstätigkeit und vor Ort ansässigen Wirtschaftsbetrieben lassen sich kommunale Steuereinnahmen sowie regionale Beschäftigungseffekte und Unternehmensgewinne per Mausklick berechnen. Kommunen können damit herausfinden, wie sie über die gezielte Förderung von energetischen Sanierungen zur kommunalen Wertschöpfung beitragen können. Acht Kommunen aus Deutschland waren bei der Entwicklung des Rechners an Testläufen beteiligt, so dass die Funktionalität in der Praxis sichergestellt ist.

Anhand des Onlinerechners können Kommunen ermitteln, wie hoch die ökonomischen Effekte der energetischen Gebäudesanierung bereits sind, und wie sich mit einer Steigerung der Sanierungsrate die kommunale Wertschöpfung erhöhen ließe.

Die Ergebnisse der Berechnungen werden in Form von Tabellen und Grafiken zur Verfügung gestellt. Sie können Gemeinden und andere Akteure vor Ort dabei unterstützen, für Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung zu werben. Lokalen Entscheidungsträgern können die Kennzahlen hilfreiche Argumente liefern, um kommunale Energieberatungen, Informationskampagnen und Förderprogramme im Bereich der energetischen Gebäudesanierung trotz knapper Kassen auf- oder auszubauen. Damit trägt der Wertschöpfungsrechner auch dazu bei, die Klimaschutzdebatte in Kommunen zu fördern. So hat die private Investition, beispielsweise in eine neue Gebäudehülle oder eine hocheffiziente Heizung mit solarthermischer Unterstützung, gleich mehrere Vorteile: Sie erhöht die Wirtschaftskraft in der Region, verringert den Abfluss von Geldströmen durch den Einkauf fossiler Energieträger und schafft Arbeitsplätze vor Ort. Die Entwicklung des Wertschöpfungsrechners wurde vom Bundesumweltministerium im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative finanziell gefördert. An ersten Pretests des Rechners nahmen die Städte Arnsberg, Bad Hersfeld, Cloppenburg, Elmshorn, Mannheim, Offenbach, Uebigau-Wahrenbrück sowie die Gemeinde Niestetal teil. Ein Handbuch unterstützt bei der Dateneingabe und gibt zusätzliche Hintergrundinformationen.



wertschoepfungsrechner.
difu.de



Dipl.-Geogr. Jan Walter
+49 221 340308-26
walter@difu.de



Kommunalrichtlinie erweitert: Mehr Förderung für den Klimaschutz

Klimaschutzmaßnahmen in Rechenzentren und der Austausch von weißer Ware in Schulküchen, Kitas sowie gemeinnützigen Sportvereinen sind nun ebenfalls zuwendungsfähig. Im Auftrag des BMUB berät das SK:KK beim Difu zur Förderung.

Die Ziele der Bundesregierung zur Senkung der nationalen Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 sind ehrgeizig: 40 Prozent bis 2020 und sogar 80 bis 95 Prozent bis 2050. Um sie zu erreichen, hat das Bundesumweltministerium (BMUB) den kommunalen Klimaschutz zum 1. Juli 2016 weiter gestärkt: Mit der Erweiterung der Kommunalrichtlinie können Kommunen, kommunale Unternehmen und weitere Einrichtungen noch umfassender von der Förderung des Bundes profitieren – ein Überblick:

Der Energieverbrauch von Rechenzentren ist enorm: besonders Kühlung und Stromversorgung schlagen zu Buche. Entsprechend hoch ist das Einsparpotenzial für Treibhausgasemissionen. Deshalb fördert das BMUB nun auch verschiedene Maßnahmen zur Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz in Rechenzentren, wenn deren Betreiber alte Hardware wie Server, Kälteanlagen, Kühlsysteme oder Netzteile gegen energiesparende Modelle austauschen, die den Anforderungen des Umweltzeichens Blauer Engel entsprechen. Die Förderquote liegt hier bei bis zu 40 Prozent. Kindertagesstätten, Schulen sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe können im Bereich der sogenannten Green-IT sogar mit bis zu 50 Prozent gefördert werden.

Für weiße Ware in Schulküchen und Kitas gilt: Alt gegen neu. Werden Elektrogeräte wie Kühl- oder Gefrierschränke, die älter als zehn Jahre sind, gegen Geräte der höchsten Energieeffizienzklasse A+++ (gemäß EU-Label) ausgetauscht, übernimmt der Bund bis zu 40 Prozent der zuwendungsfähigen Investitionskosten.

Erstmals können auch gemeinnützige Sportvereine einen Zuschuss für die Umsetzung investiver Klimaschutzmaßnahmen beantragen. Attraktive Förderquoten erhalten sie beispielsweise für den Austausch ineffizienter Lüftungsanlagen (bis zu 35 Prozent) oder die Umrüstung auf LED bei der Innen- und Hallenbeleuchtung (bis zu 40 Prozent) sowie der Außenbeleuchtung (bis zu 30 Prozent). Auch auf mehrheitlich kommunale Unternehmen wurde die Förderung ausgeweitet: Inzwischen sind sie für den Großteil aller Förderschwerpunkte antragsberechtigt.

Alle bisherigen Förderschwerpunkte der Kommunalrichtlinie – Einstiegsberatung, Klimaschutzkonzepte und -management – bleiben bestehen. Das gilt auch für die Bezuschussung von Maßnahmen im Bereich nachhaltiger Mobilität. Finanzschwache Kommunen können auch künftig von höheren Förderquoten profitieren.

Antragstellung

Anträge für die Kommunalrichtlinie können noch bis 31. März und vom 1. Juli bis 30. September 2017 beim Projektträger Jülich gestellt werden.

Anträge für die Förderschwerpunkte Klimaschutzmanagement und Energiesparmodelle in Kitas, Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Sportstätten sind ganzjährig möglich.

➔ Fragen zur Kommunalrichtlinie beantwortet das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) am Difu unter +49 30 39001-170



www.bit.ly/1COK6xa



M. Sc. Greta Link
+49 221 340308-25
link@difu.de

Taina Niederwipper, M.A.
+49 30 39001-172
niederwipper@difu.de



Foto: Unsplash License, CreativeCommonsZero

Kommunale Investitionsfinanzierung unter veränderten Rahmenbedingungen

Die Folgen des Reformkompromisses zum Bund-Länder-Finanzausgleich für die Finanzierung kommunaler Investitionen werden in einem neuen Forschungsvorhaben auf den Prüfstand gestellt.

Ein jetzt im Difu gestartetes Forschungsprojekt befasst sich im Zuge der schrittweisen thematischen Neuausrichtung des Forschungsteams „Finanzen“ mit neuen Mischformen zur (kommunalen) Investitionsfinanzierung. Aus einer systematisierend-vergleichenden Perspektive wird dabei mit Blick auf Instrumente, wie z. B. „Green Bonds“, neue Public-Private-Partnerships, Kreditfonds, Formen des Crowdfundings, Bürgergenossenschaften etc., drei übergeordneten Frage nachgegangen: Inwieweit können solche neuen Mischfinanzierungsformen tatsächlich zu einer Entlastung kommunaler Budgets beitragen? Welche neuen Verflechtungsformen entstehen dabei zwischen den föderalen Ebenen und wie beschneiden diese womöglich Kompetenzen der Kommunen? Inwieweit tragen neue Finanzierungsinstrumente auch technologischen Neuerungen in der Infrastrukturentwicklung hinreichend Rechnung?

Im Rahmen dieses neuen Forschungsschwerpunkts werden auch die klassischen Formen der kommunalen Infrastrukturfinanzierung beleuchtet. Die Ressourcen dafür stammen u. a. aus den Finanzausgleichszuweisungen zwischen Bund und Ländern, die zu unterschiedlichen Anteilen in die Verbundmassen der kommunalen Finanzausgleichssysteme der Länder einfließen. Insofern sind die Ergebnisse zur angestrebten Reform des Länderfinanzausgleichs, auf die sich die Ministerpräsidenten der Länder mit der Bundeskanzlerin am 14. Oktober 2016 geeinigt haben, bedeutsam. Der Gesetzentwurf sieht erhebliche strukturelle Auswirkungen vor: Der horizontale oder „brüderliche“ Finanzausgleich zwischen den Ländern wird abgeschafft und in die vertikale bzw. „väterliche“ Verteilung der Umsatzsteuer überführt. Diese Neustrukturierung hat Folgen für die Kommunen: Ohne Anpassungen wird sich das Verhältnis ihrer Zuweisungen aus obligatorischem und fakultativem Steuerverbund in den kommunalen Finanzausgleichssystemen (KFA) verschieben. Die kommunale Finanzkraft zur Berechnung der Finanzkraft der Länder soll in Zukunft zu 75 statt zu 64 Prozent erfolgen. Dies führt zu höheren Ausgleichsbeiträgen der finanzstärkeren Länder, soll aber durch Entlastungen an anderer Stelle wieder aufgefangen werden. Denn insgesamt hat der Bund einen nominalen Entlastungsbeitrag in Höhe von 9,7 Mrd. Euro zugesagt. So ist diese Reform

für alle Bundesländer mit einem Plus verbunden – auch wenn der reale Entlastungsbetrag bei ca. 4,09 Mrd. Euro liegt.

Mit Blick auf die wachsenden Disparitäten zwischen Städten und Gemeinden wird der Bund ab 2020 zudem leistungsschwachen Ländern, „deren Gemeinden eine besonders geringe Steuerkraft aufweisen“ sog. „Gemeindesteuerkraftzuweisungen“ überweisen. Damit würde zum ersten Mal ein Instrument im Bund-Länder-Finanzausgleich verankert, das auf die kommunale Steuerkraft abstellt – selbst wenn dadurch konkrete Finanzbedarfe der Kommunen unberücksichtigt bleiben. Für die Kommunen ist außerdem bedeutsam, dass der Bund den Ländern auch in Zukunft Finanzhilfen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (GVFG) gewähren wird. Dies waren 2015 immerhin 1,591 Mrd. Euro.

Verschiedene Zusatzvereinbarungen, die mit dem Finanzausgleichskompromiss getroffen wurden, haben ebenfalls erhebliche kommunale Relevanz. Beispielsweise soll der Bund eine erweiterte Mitfinanzierungskompetenz im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur finanzschwacher Kommunen erhalten. Das erst 2006 eingeführte Kooperationsverbot wird damit endgültig obsolet. Gleichzeitig soll der Bundesrechnungshof – im Benehmen mit den Landesrechnungshöfen – bis auf die Kommunalebene erweiterte Prüfrechte erhalten. Nicht nur diese Detailregelung macht deutlich, dass der Bund weiter an Kompetenzen gewinnen wird.



Doppelte Innenentwicklung

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt

Doppelte Innenentwicklung heißt, die Entwicklung der Städte in ihrem Bestand nicht nur im Sinne einer baulichen Verdichtung zu betreiben, sondern den Blick zugleich auch auf die Erhaltung, Weiterentwicklung und Qualifizierung des urbanen Grüns zu richten. Beides muss als Einheit konzeptionell zusammengeführt werden.

„Innenentwicklung muss stets doppelt
gedacht werden – im Sinne einer baulichen
und zugleich einer grünen Entwicklung.“

Denn nur auf diese Weise können der offene Landschaftsraum vor weiterer Flächeninanspruchnahme und zusätzlichen baulichen Eingriffen geschützt und gleichzeitig städtische Lebensräume mit hoher Wohn- und Lebensqualität geschaffen und erhalten werden. Die Entwicklung, Vernetzung und Aufwertung urbaner Grünflächen dient der Entwicklung der Städte in ihrem Bestand. Urbanes Grün, das ästhetisch und nutzbar ist, erhöht die Lebensqualität der Stadtbewohner und die Attraktivität von Stadtquartieren als Wohnstandort. Gleichzeitig können die ökologischen Funktionen des urbanen Grüns bewahrt und entwickelt werden.

Auch die Auswirkungen des Klimawandels im Siedlungsraum wie extreme Hitze und ungewöhnlich hohe Niederschlagsmengen können durch Grünstrukturen und Freiräume gemindert werden. Innenentwicklung muss also stets doppelt gedacht werden, im Sinne einer baulichen und einer grünen Entwicklung.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189

Aktion Fläche

Informations- und Kommunikationsplattform „Aktion Fläche“ unterstützt das Flächensparen

Aktion Fläche



Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Maria Krautzberger, Präsidentin des Umweltbundesamtes, starteten das Portal per symbolischem Knopfdruck am 10. September 2016.



www.aktion-flaeche.de



Dipl.-Ing. agr.
Thomas Preuß
+49 30 39001-265
preuss@difu.de



Foto: BMUB

Das Internet-Portal „Aktion Fläche“ bietet Informationen über Strategien, Instrumente und Praxisbeispiele, die auf einen sparsamen Umgang mit der Ressource Fläche zielen. Das Portal unterstützt Akteure der Kommunen, aber auch Flächeneigentümer und Zivilgesellschaft. Es bietet vielfältige Fachinformationen darüber, wie Flächensparen vor Ort umgesetzt werden kann. Daneben sind auch Praxisbeispiele des Flächensparens zu bestimmten Themenschwerpunkten abrufbar, z.B. Innenentwicklung und Nachverdichtung, Siedlungsflächenmonitoring, Flächenrecycling und Entsiegelung oder Folgekosten der Flächeninanspruchnahme. Das Portal ist zugleich ein Angebot zur Kommunikation und Vernetzung der „Flächenakteure“ vor Ort, die ihre Aktivitäten einem breiten Personenkreis bekannt machen wollen. Zudem informiert ein Newsletter über fachliche Hintergründe, Aktivitäten, den Stand der Forschung, neue Publikationen und interessante Termine aus Bund, Ländern und Kommunen. Das Internet-Portal ist noch ein Prototyp, der nutzerfreundlich weiterentwickelt wird. Daher sind Vorschläge und Anregungen, die das Informationsangebot ergänzen und attraktiver machen, herzlich willkommen.

Die Informations- und Kommunikationsplattform ist Teil des Forschungsvorhabens „Implementierung von Flächensparinstrumenten“, das vom Difu und dem Institut Raum & Energie im Auftrag des Umweltbundesamtes umgesetzt wird. Sie soll die Verminderung der Neuinanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsfläche – auf 30 Hektar am Tag bis zum Jahr 2020 und Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung im Verhältnis 3 zu 1 – unterstützen, die zentrale flächenpolitische Ziele der Bundesregierung sind.

Smart City

Difu erarbeitet Bestandsaufnahme über Smart City-Konzepte in deutschen Städten

Smart City



Das Projekt wird im Auftrag der Deutsche Telekom AG und in Kooperation mit Adelphi Consult GmbH, Berlin durchgeführt



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Dipl.-Ing. Roman Soike
+49 30 390012-145
soike@difu.de

Weltweit beschäftigen sich immer mehr Städte mit der Vision einer Smart City. Auch deutsche Städte entwickeln eigene Smart City-Konzepte und eruiieren wie sie diese auf ihre jeweilige Situation anwenden können. Dieser Prozess steht noch am Anfang: In Deutschland setzen sich bisher vor allem Großstädte mit dem Thema praktisch auseinander. Die meisten bereits aktiven Städte befinden sich noch in einer Findungs- und Erprobungsphase. Ein Modell für die deutsche Smart City gibt es nicht; ein systematischer Überblick zur Smart City in deutschen Kommunen fehlt bisher.

Ziel eines neuen Projekts ist es daher, eine differenzierte Übersicht und Einschätzung der gegenwärtigen Situation von Smart City-Konzepten in deutschen Städten zu erarbeiten. Leitend ist dabei das Verständnis von Smart City als Stadt, die sich vernetzte Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zunutze macht, um eine ökologisch und ökonomisch nachhaltigere Stadtentwicklung zu ermöglichen – sei es im Bereich Verkehr/Mobilität, Infrastruktur, Wohnen und Gebäudemanagement, Energieversorgung, öffentlicher Sicherheit oder anderen Bereichen des städtischen Lebens. Der Fokus liegt auf der Umsetzung von Smart City-Modellen in die Praxis – konzeptionell, pilothaft oder beides kombiniert. Neben einer Bestandsaufnahme sind Analysen anhand von Fallbeispielen geplant. Berücksichtigt werden Nachhaltigkeit, die Einbeziehung von IKT und Praxisnähe bzw. Umsetzungsgrad. Auch wird untersucht, in welcher Form die praktische Auseinandersetzung mit der Smart City in einzelnen Kommunen organisiert ist, welche Akteure dabei wie kooperieren und welche Ziele sie verfolgen.

resilient networks

Beiträge städtischer Versorgungssysteme zur Klimagerechtigkeit (netWORKS 4)

Bei der Transformation urbaner Räume spielt die Gestaltung der Wasserinfrastrukturen eine zentrale Rolle. Ziel des Difu-Vorhabens „resilient networks“ (netWORKS 4) ist es, Dialogprozesse über die zukunftsfähige Ausgestaltung von Wasserinfrastrukturen in Städten anzustoßen. Im Austausch mit kommunalen Entscheidern werden Umsetzungsmaßnahmen für spezifische Quartiere als urbane Transformationsräume entworfen und weiterentwickelt. Hierbei werden graue (z.B. Rohre, Kanäle, Anlagen), grüne (z.B. Grünflächen, Gründächer) und blaue (Wasserkörper) Infrastrukturen betrachtet: Durch ihre Kopplung lassen sich Synergiepotenziale gewinnen und die Klimaresilienz verbessern. Typische Klimawirkungen, auf die es zu reagieren gilt, sind etwa Starkniederschläge oder Hitzeperioden.

Gemeinsam mit Berlin und Norderstedt werden Orientierungen zur künftigen Ausgestaltung der Wasserinfrastruktur erarbeitet und verifiziert. Für die Kopplung der genannten Infrastrukturen werden Vorschläge entwickelt und anschließend in ihrer Umsetzung in Quartieren erprobt und überprüft. Über eine parallel angelegte Modellierung sowie Reflexion und Synthese werden Folgewirkungen und Konsequenzen, etwa für die Bauleitplanung, abgebildet. Eventuell sinnvolle Änderungen von Planungsprozessen und mögliche Verbesserungen der Kooperation zwischen den Akteuren lassen sich so bestimmen und in den Prozess des Transformationsmanagements einbringen.

Der gesellschaftliche Nutzen resultiert aus der angestrebten gesteigerten Resilienz der gekoppelten Versorgungssysteme. Es ist ausdrückliches Ziel, im Rahmen des Vorhabens Handlungsoptionen und -empfehlungen zu entwickeln, die zu einer höheren Klimagerechtigkeit für die Stadtbewohner beitragen. Das Projekt wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Sozial-ökologischen Forschung in der Fördermaßnahme „Nachhaltige Transformation urbaner Räume“. Kooperationspartner sind das Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE), das Kompetenzzentrum Wasser Berlin gGmbH (KWB), die Berliner Wasserbetriebe AöR (BWB), die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin sowie die Stadt Norderstedt.

resilient networks



www.networks-group.de/de



Dipl.-Soz. Jan Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

lebensWert

Lebenswerte Kleinstädte im demografischen Wandel: Lebensqualität erhalten

lebensWert



www.kommunen-innovativ.de/lebenswert



Dipl.-Soz. Jan Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Dipl.-Ing. Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de

Der demografische Wandel verursacht erhebliche Anpassungserfordernisse für kommunale Aufgabenträger der Daseinsvorsorge und damit zur Sicherung der Lebensqualität vor Ort. Kleinstädte mit zentralen Funktionen in strukturschwachen Regionen Deutschlands stehen mit der Anpassung ihrer Infrastrukturen und der Erbringung der Daseinsvorsorge vor großen Herausforderungen. Die Kommunen suchen daher oft nach angemessenen Instrumenten und Organisationsmodellen.

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel des Vorhabens „lebensWert“, Werkzeuge und Modelle für ein sektorenübergreifendes, interkommunal abgestimmtes Entwicklungsmanagement zu erarbeiten. Es soll auch auf andere Kleinstädte in strukturschwachen Regionen übertragbar sein. Im Zentrum stehen die Handlungsfelder Wohnen, Wohnumfeld, Wasser und Energie. Das eröffnet die Möglichkeit, eine ganzheitliche Analyse mit Blick auf die Lebensqualität vor Ort zu entwickeln. Im Projekt wird ein Bogen von der Bestandsaufnahme über Entwicklungsbilder und Handlungsoptionen bis hin zur Projektentwicklung und Umsetzungsbegleitung gespannt. Die Kreisstadt Eschwege in Osthessen ist Verbundpartner, gemeinsam mit den umliegenden kleineren Gemeinden im Werra-Meißner-Kreis.

Ziel der Arbeiten des Difu ist die Entwicklung, Systematisierung und Prüfung der Übertragbarkeit von Teilen eines dynamischen, interkommunalen Organisations- und Managementmodells. Es soll die sektorenübergreifende Koordination und interkommunale Kooperation im Kontext von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge und einer abgestimmten räumlichen Entwicklung unterstützen.

Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ gefördert. Forschungspartner ist das Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE), Frankfurt a.M.

IMA Stadt



Dr. Busso Grabow
+49 30 39001-248
grabow@difu.de

Dipl.-Ing. Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de

Dr. Jasmin Honold
+49 30 39001-198
honold@difu.de

IMA Stadt

Umsetzung der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene / IMA Stadt – Wissenschaftliche Begleitung

Die im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedete Agenda 2030 einschließlich ihrer 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) verfolgt das Gesamtziel globaler Nachhaltigkeit. Kommunen wird dabei eine wichtige Rolle zugeordnet. Mit dem „Interministeriellen Arbeitskreis Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“ (IMA Stadt) hat die Bundesregierung unter Federführung des BMUB ein Gremium geschaffen, das sich in seiner Arbeitsgruppe 1 dezidiert mit der kommunalen Dimension der Agenda 2030 befasst. Das Difu hat gemeinsam mit ICLEI – Local Governments for Sustainability und IFOK die wissenschaftliche Begleitung insbesondere dieser Arbeitsgruppe des IMA Stadt übernommen.

Ziel des durch das Umweltbundesamt finanzierten Vorhabens ist es, einen Beitrag zu einer geeigneten „Umsetzungsarchitektur“ für die Agenda 2030 auf lokaler Ebene zu leisten. Dazu werden Handlungsempfehlungen an die Bundespolitik entwickelt, wie Kommunen bei der Umsetzung unterstützt werden können und welche Rahmenbedingungen dafür gegeben sein müssen. Im Projekt werden ein Konzept für eine Informations- und Austauschplattform zur Umsetzung der Agenda 2030 und Vorschläge für eine Kommunikations- und Aktivierungsstrategie des Bundes erarbeitet. Dabei werden die unterschiedlichen Realitäten deutscher Kommunen etwa im Hinblick auf bestehendes Erfahrungswissen oder lokale Handlungsmöglichkeiten berücksichtigt. Wesentliche Ergebnisbausteine werden bis Herbst 2017 vorgelegt. Auftakt des Beratungsprozesses unter maßgeblicher Beteiligung der Kommunen selbst war eine Konferenz, die am 31.1. und 1.2.2017 in Berlin stattfand.

★ Difu-Veröffentlichungen sind für die Difu-Zuwenderstädte kostenlos

eBOOK eBooks können ausschließlich über eBook-Shops, z.B. difu.ciando-shop.com, bezogen werden. Sie sind als PDF oder ePUB erhältlich. Für Difu-Zuwenderstädte sind die eBooks gratis.

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

__Expl. Kommunalen Umgang mit Gentrifizierung **NEU**

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen
Von Thomas Franke u.a., 2016, Bd. 15, 316 S., vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €, ISBN 978-3-88118-579-0

__Expl. Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen
Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S., zahlreiche Abbildungen, 39 €, ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

__Expl. Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Von Jens Libbe unter Mitarbeit von Klaus J. Beckmann, 2014, Bd. 13, 212 S., 29 €, ISBN 978-3-88118-529-5

__Expl. Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage. Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013
Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €, ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

__Expl. Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?

Neue Mobilitätskonzepte
Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.), 2013, Bd. 11, 320 S., zahlreiche Abbildungen, 39 €, ISBN 978-3-88118-521-9

Difu-Arbeitshilfen

__Expl. Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune

4., völlig neu bearbeitete Auflage
von Martin Zilkens, 2014, 208 S., inklusive Checklisten und Muster, 30 €, ISBN 978-3-88118-536-3

__Expl. Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage unter Berücksichtigung des Innenentwicklungsgesetzes 2013
A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29 €, ISBN 978-3-88118-526-4

__Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß, 2011, 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35 €, ISBN 978-3-88118-498-4, **eBOOK** 29,99 €

__Expl. Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €, ISBN 978-3-88118-486-1

Difu-Impulse

__Expl. Vom Energiebeauftragten zum Energiemanagement

Dokumentation des 20. Deutschen Fachkongresses für kommunales Energiemanagement, April 2015, Hannover
Cornelia Rösler (Hrsg.), Bd. 3/2016, 186 S., 20 €, ISBN 978-3-88118-570-7, **eBOOK** 16,99 €

__Expl. Wege zu nachhaltiger Mobilität

Ergebnisse aus transnationaler Forschung unter der „Era-net Transport“-Initiative „Stepping Stones“
Jürgen Gies und Uta Bauer (Hrsg.), Bd. 2/2016, 200 S., 20 €, ISBN 978-3-88118-569-1

__Expl. Elektromobilität: im Spannungsfeld technologischer Innovation, kommunaler Planung und gesellschaftlicher Akzeptanz

Nadine Appelhans, Jürgen Gies, Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.), Bd. 1/2016, 138 S., 18 €, ISBN 978-3-88118-544-8, **eBOOK** 14,99 €

__Expl. Umweltverträglicher Wirtschaftsverkehr in Städten. Wer und was bringt's wirklich?

Dokumentation der Fachtagung „kommunal mobil“
Wulf-Holger Arndt (Hrsg.), Bd. 6/2015, 160 S., 20 €, ISBN 978-3-88118-548-6, **eBOOK** 16,99 €

__Expl. Nutzung von oberflächennaher Geothermie im urbanen Raum

Maic Verbücheln (Hrsg.), Bd. 5/2015, 98 S., 15 €, ISBN 978-3-88118-547-9

__Expl. Mehr Wirkungsorientierung in Kommunen

Bedingungen für eine veränderte politisch-administrative Steuerung
Von Stefan Schneider, Bd. 4/2015, 200 S., 23 €, ISBN 978-3-88118-545-5

__Expl. Funktion und Gestaltung von Haupt(verkehrs)straßen mit Schwerpunkt Innenstadt

Von Wulf-Holger Arndt, Bd. 3/2015, 98 S., 15 €, ISBN 978-3-88118-546-2, **eBOOK** 12,99 €

★ Difu-Papers für Difu-Zuwender auch als kostenloses PDF

__Expl. Klein- und Mittelstädte – Handlungsmöglichkeiten bei Schrumpfung und Peripherisierung **NEU**

Von Elke Bojarra-Becker u.a., 2017, 32 S., 5 €, in Vorbereitung

__Expl. Wärmewende im Quartier **NEU**

Hemmnisse bei der Umsetzung am Beispiel energetischer Quartierskonzepte
Von Robert Riechel, Jens Libbe u.a., 2016, 28 S., 5 €

➔ www.difu.de/10875 (exklusiv)

__Expl. Kommunale Unternehmen in Deutschland als Erfahrungsträger und Kooperationspartner für Kommunen in Schwellen- und Entwicklungsländern – eine Bestandsaufnahme

von Stefanie Hanke, 2016, 28 S., 5 €

➔ www.difu.de/10801 (exklusiv)

Stadt der Zukunft – Tendenzen, Potenziale und Visionen

Von Marco Peters, Jan Walter und Lara Falkenberg, 2016, 28 S., kostenlos

➔ www.difu.de/10631 (nur als PDF verfügbar)

__Expl. Integration von Stadtplanung und ÖPNV für lebenswerte Städte

Von Jürgen Gies u.a., 2016, 28 S., 5 €

➔ www.difu.de/10645 (exklusiv)

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

__Expl. Praxistest erfolgreich bestanden? **NEU**

Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes AGFJ im Difu (Hrsg.), 2016, Bd. 105, 126 S., 19 €, ISBN 978-3-88118-561-5

__Expl. Flüchtlingsfamilien im Schatten der Hilfe?

Geflüchtete minderjährige Kinder und Jugendliche und ihre Familien in Deutschland
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2016, Bd. 104, 232 S., 19 €, ISBN 978-3-88118-560-8

__Expl. Systemsprenger verhindern

Wie werden die Schwierigen zu den Schwierigsten?
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2016, Bd. 103, 214 S., 19 €, ISBN 978-3-88118-559-2

__Expl. SOS – Sieht die Inobhutnahme noch Land?

Krisenintervention und Inobhutnahme in der Kinder- und Jugendhilfe
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2016, Bd. 102, 144 S., 19 €, ISBN 978-3-88118-558-5, **eBOOK** 15,99 €

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch / nur als Download)

Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe **NEU**

Dokumentation des 2. Netzwerktreffens am 1./2. Dezember 2016
von Bettina Reimann u.a., 2017, 27 S.,
➔ www.difu.de/11078

__ Expl. Pendeln mit Rückenwind **NEU**

Ein Praxisleitfaden zu Pedelecs & Co. für Kommunen, Unternehmen und private Haushalte
Von Martina Hertel u.a., Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (Hrsg.), 2016, 40 S., kostenlose Printfassung
➔ www.difu.de/11059

Commercial Transport in Urban Areas **NEU**

Wulf-Holger Arndt (Hrsg.), 2016, 29 S., englisch
➔ www.difu.de/11020

Urbanes Grün in der doppelten Innenentwicklung **NEU**

Empfehlungen für Kommunen
Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.), Difu u.a. (Bearb.), 2016, 270 S.
➔ www.difu.de/11016

Monitor Nachhaltige Kommune **NEU**

Bericht 2016
Difu (Bearb.), i.A. der Bertelsmann Stiftung, 2016, 2 Teile
➔ www.difu.de/10994

Gutachten 2015 zur Umsetzung der Zusagen der Mobilfunkbetreiber **NEU**

Difu (Hrsg.), i.A. des Informationszentrum Mobilfunk e.V. (IZMF), 2016, 107 S., vierfarbig
➔ www.difu.de/10948

Baukulturbericht 2016/2017 **NEU**

Stadt und Land
Von Daniela Michalski u.a., Bundesstiftung Baukultur (Hrsg.), 2016, 168 S., vierfarbig, kostenloses Printex: mail@bundesstiftung-baukultur.de
➔ www.difu.de/10968

Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung **NEU**

Ergebnisse aus den INIS-Projekten
Difu (Hrsg.), BMBF (Förderer), 2016, 52 S.
➔ www.difu.de/10615

Rechtliche Rahmenbedingungen neuartiger Wasserinfrastrukturen **NEU**

Von Stefanie Hanke, 2016, netWORKS-Paper Nr. 31, 94 S.
➔ www.difu.de/10946

Neuartige Wasserinfrastrukturen – Optionen für Unternehmensstrategien und Innovation

Von Jan-Hendrik Trapp und Jens Libbe, 2016, netWORKS-Paper Nr. 29, 74 S.
➔ www.difu.de/10632

KfW-Kommunalpanel 2016

Von Henrik Scheller und Stefan Schneider, KfW Bankengruppe (Hrsg.), 2016, 74 S.
➔ www.difu.de/10684

Beteiligungsverfahren Rathausforum Berlin

Schlussfolgerungen, übertragbare Ansätze und Fallstricke
von Luise Adrian und Ricarda Pätzold, 2016, 35 S.
➔ www.difu.de/10752

7. Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“

Innovative Suchtprävention vor Ort. September 2015 bis Juni 2016. Dokumentation
Difu (Hrsg.), im Auftrag der BZgA, 2016, 128 S., Bestellung der Printversion nur unter order@bzga.de, Bestellnr. 33962000
➔ www.difu.de/10662

Zeitschriften

__ Expl. Stadt und Romantik **NEU**

Informationen zur modernen Stadtgeschichte
IMS, Halbjahresschrift, Heft 2/2016, 176 S., Einzelheft 12 €, Jahresabo (zwei Hefte) 19 €

__ Expl. Städtisches Erbe – Urban Heritage

Informationen zur modernen Stadtgeschichte
IMS, Halbjahresschrift, Heft 1/2016, 168 S., Einzelheft 12 €, Jahresabo (zwei Hefte) 19 €

__ Expl. Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung

Christine Bruchmann, Christina Kratz (Bearb.), 2/2016, 158 S., Einzelband 27 €, Jahresabo (zwei Bände) 40 €
➔ www.difu.de/11005 (exklusiv)

__ Expl. Kommunalwissenschaftliche Dissertationen

Rita Gräber (Bearb.), 2016, 166 S., Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €
➔ www.difu.de/10985 (exklusiv)

Rechnungsadresse

Name

Ggf. Institution/Firma

Straße

Land, PLZ, Ort

Telefon/Fax

E-Mail

Datum/Unterschrift

Verandkostenpauschale innerhalb Deutschlands bei einem Bestellwert bis zu 29 €: 2,50 € (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen).
Über 29 €, Bestellwert: kostenfrei.

Lieferadresse

nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse

Name

Ggf. Institution/Firma

Straße

Land, PLZ, Ort

__ Bitte nehmen Sie mich in den E-Mail-Verteiler auf (erscheint einmal monatlich und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,
Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275
www.difu.de, vertrieb@difu.de, eBook-Shop: difu.ciando-shop.de

Vielfältige Angebote für Kommunen



Foto: Doris Reichel

Wichtigste Kooperationspartner des Instituts sind seine Zuwander. Zuwander sind hauptsächlich Städte, aber auch Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Durch die enge Kooperation mit den Städten sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt an deren Bedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunalrelevanten Gebieten. Für viele Städte ist es aus finanziellen Gründen nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert.

Hier setzt die Arbeit des Instituts an: Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen und unterstützt ihre Fortbildung und fördert den kommunalen Erfahrungsaustausch.

Ein Difu-Beitritt bietet angeschlossenen Städten, Verbänden und Planungsgemeinschaften besondere Vorteile:

Persönliche Beratung

Verwaltungsmitarbeiter und Ratsmitglieder aus Zuwanderstädten und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Experten zu erörtern.

➔ www.difu.de/6258

Fortbildung

Ob vor Ort oder im Institut in Berlin sind die praxisorientierten Difu-Seminare meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwanderschaft doppelt: neben stark reduzierten Seminarbeiträgen werden Zuwander auch bei der Vergabe der Seminarplätze begünstigt.

➔ www.difu.de/6263

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwanderstädte werden vom Difu als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellstem Stand.

➔ www.difu.de/6258

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungsansätze vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Regelmäßige Treffen werden vom Difu – teilweise exklusiv – für Zuwander angeboten.

➔ www.difu.de/6263

24-Stunden-Zugang gratis zu Difu-Datenbanken

Die Online-Recherchen in Difu-Datenbanken sind nur für Zuwander kostenfrei. Die Datenbanken ermöglichen den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunalrelevante Umfragen und Literatur – teilweise im Volltext.

➔ www.difu.de/37

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet

Das Difu-Extranet stellt folgende Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Ergebnis-Berichte über Difu-Fortbildungen samt „virtueller“ Tagungsmappe, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen, Videos sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen.

➔ www.difu.de/43

Jede Neuerscheinung frisch auf den Tisch

Die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen erhalten Zuwander automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander viele Publikationen auch als PDF oder eBook an, teilweise exklusiv und kostenfrei für Zuwander. Die PDFs können direkt im Difu-Extranet heruntergeladen werden, die eBooks über

➔ difu.ciando-shop.com

Näheres zum Procedere

➔ www.difu.de/10829

Noch kein Zuwander?

➔ www.difu.de/6750



Sybille Wenke-Thiem

Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
Difu-Beitritt und Zuwander
+49 30 390012-208/209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol.

Patrick Diekelmann
Beratung ebooks
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

**Susanne Plagemann,
M.A.**

Internet/Extranet
+49 30 390012-274
plagemann@difu.de

Dipl.-Soz.

Kerstin Landua
Fortbildung
(kommissarisch)
+49 30 390012-135
landua@difu.de

Impressum

Berichte 1/2017

Impressum

Berichte - das Magazin des Difu mit Forschungsergebnissen, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkten

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
www.difu.de

Redaktion

Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)
unter Mitarbeit von Lalida Große,
Nicole Kraus, Luisa Müller,
Cornelia Schmidt.

Corporate Design

3pc, Neue Kommunikation GmbH

Coverfoto

Sybille Wenke-Thiem

Großbildfotos auf Seite 13, 23

Wolf-Christian Strauss

Redaktionskontakt und Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001 - 208/209
Fax +49 30 39001-130
E-Mail pressestelle@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 42/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 13. Februar 2017

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des geringen Platzes verzichten wir darauf, männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

H. HEENEMANN GmbH & Co. KG,
Berlin. Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link/-PDF bitte an die Difu-Pressestelle.

Unsere allgemeinen Info-Angebote im Web

Presseverteiler

Hier können Sie sich per Mail über alle Neuigkeiten rund ums Institut informieren lassen.

➔ www.difu.de/6674

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenlos zum Download auf der Difu-Homepage zur Verfügung. Andere können als Printexemplare oder eBooks käuflich erworben werden.

➔ www.difu.de/publikationen

Veranstaltungen

Im Wintersemester findet monatlich die gebührenfreie Veranstaltungsreihe „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ statt, die sich zu jedem Termin mit einem anderen aktuellen Thema des Komplexes „Zukunft der Städte“ befasst.

➔ www.difu.de/veranstaltungen

Newsletter

Monatlich informieren wir Sie per mail mit unseren „Difu-News“ über alle neuen Angebote auf der Difu-Homepage.

➔ www.difu.de/newsletter

Facebook

Folgen Sie uns auf

➔ www.facebook.com/difu.de

Ich interessiere mich für die Difu-Zuwerschaft für Städte und Verbände.
Bitte schicken Sie mir nähere Infos zu.

Name

Stadt/Verband

Straße

Land, PLZ, Ort

Telefon/Fax

E-Mail

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-208, Fax +49 30 39001-130
pressestelle@difu.de



Veranstaltungen

Berichte 1/2017

Veranstaltungsvorschau

13. – 14. März 2017 in Berlin

Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Kommunen in der Bildungspolitik
➔ www.difu.de/10929

15. März 2017 in Berlin

Difu-Dialog: Klimaschutz -Lohnt das Engagement oder verursacht es nur Mehrarbeit und Kosten? Öffentliche, kostenfreie Vortrags- und Diskussionsveranstaltung
➔ www.difu.de/10788

16. – 17. März 2017 in Berlin

Strategisches Wissen in der kommunalen Verkehrsplanung I. Optimierung der Zusammenarbeit mit externen Planungsebenen
➔ www.difu.de/10816

22. März 2017 in Ravensburg

Praxiswerkstatt zum kommunalen Klimaschutz „Klimagerechte Heimat für Geflüchtete“
➔ www.difu.de/10998

23. März 2017 in Berlin

Flächensparen - Flächenhandel – Flächenwende. Gemeinsame Abschlussveranstaltung der UFOPLAN-Vorhaben Aktionsplan Flächensparen und Planspiel Flächenhandel
➔ www.difu.de/11077

23. – 24. März 2017 in Berlin

Bausteine und Stolpersteine kommunaler Bodenpolitik – Strategien, Instrumente, Akteure
➔ www.difu.de/10859

3. – 4. April 2017 in Berlin

Umgestaltung von innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen
➔ www.difu.de/10713

11. April 2017, online

Fahrradakademie Webinar: Runder Tisch Radverkehr und Befahrungskommissionen erfolgreich gestalten
➔ www.difu.de/11086

26. April 2017 in Wittenberge

Praxiswerkstatt zum kommunalen Klimaschutz: Energiewende in der Kommune - Widerstände durch Kooperation überwinden.
➔ www.difu.de/11001

Fahrradakademie: Deutschlands heimliche Fahrradhauptstädte. Mit Exkursionselement

3. – 4. Mai 2017 in Karlsruhe

➔ www.difu.de/11033

9. – 10. Mai 2017 in Potsdam

➔ www.difu.de/11034

22. – 23. Mai 2017 in Bocholt

➔ www.difu.de/11035

3. – 5. Mai 2017 in Wien

Fahrradakademie Exkursion: Wien - Lebenswerte Stadt durch eine integrierte Siedlungs- und Verkehrsentwicklung
➔ www.difu.de/11085

4. – 5. Mai 2017 in Berlin

Integration von Geflüchteten in Kommune und Quartier
➔ www.difu.de/10861

8. – 9. Mai 2017 in Berlin

Digitalisierung und Smart City. Wie die Informations- und Kommunikationstechnologie kommunale Dienstleistungen verändert
➔ www.difu.de/10863

10. Mai 2017 in Schwerin

Themenseminar zum kommunalen Klimaschutz: Klimagerechte Stadt- und Verkehrsplanung. Für eine lebenswerte Stadt
➔ www.difu.de/11080

11. Mai 2017 in Schwerin

Praxiswerkstatt zum kommunalen Klimaschutz: Lärm, Luft & Klima. Kommunale Mobilitäts- und Stadtplanung für eine lebenswerte Stadt
➔ www.difu.de/11081

11. Mai 2017 in Berlin

Das europäische Beihilferecht in der kommunalen Praxis. Grundlagenvermittlung anhand von Praxisbeispielen und Erfahrungsaustausch
➔ www.difu.de/10876

★ 15. – 16. Mai 2017 in Berlin

Jahrestreffen 2017 der Difu-Zuwanderstädte und -verbände Exklusiv-Veranstaltung für die Difu-Ansprechpartner/innen
➔ www.difu.de/11040

17. – 19. Mai 2017 in Magdeburg

47. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung
➔ www.difu.de/10880

22. – 23. Mai 2017 in Aachen

22. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement. Fokus: Energieeffiziente kommunale Gebäude mit Vorbildfunktion
➔ www.difu.de/11009

29. – 30. Mai 2017 in Berlin

Kommunale Infrastruktur generationengerecht finanziert. Grundlagen und Instrumente einer nachhaltigen Investitions- und Finanzplanung
➔ www.difu.de/10878

2. Juni 2017 in Berlin

Verkehrswende in Stadt und Umland. Grundlagen und Instrumente einer nachhaltigen Investitions- und Finanzplanung
➔ www.difu.de/10883

12. – 13. Juni 2017 in Berlin

Strategisches Wissen in der kommunalen Verkehrsplanung II. Optimierung der Zusammenarbeit in der Kommunalverwaltung und mit der kommunalen Verkehrspolitik
➔ www.difu.de/10885

19. – 20. Juni 2017 in Berlin

Fachkräftemangel in der Kommunalverwaltung
➔ www.difu.de/10887

22. – 23. Juni 2017 in Berlin

Wirtschaft M/macht Stadt !? Oder: Wer ist der „König“ der Stadt?
➔ www.difu.de/10889

26. – 27. Juni 2017 in Berlin

Update Städtebaurecht. Novellierung von BauGB und BauNVO 2017 – Anwendungshinweise für die Praxis
➔ www.difu.de/10891

Fahrradakademie Web Based Trainings
Zu folgenden Themen bietet die Fahrradakademie Web Based Trainings (WBT) an, bei denen Sie selbst das Lerntempo festlegen können:

- Radverkehrsführung an Knotenpunkten
Fachexperte: Jörg Ortlepp
- Fahrradparken
Fachexperte: Wolfgang Bohle
- Mobilitätserziehung
Fachexperte: Gunter Bleyer
- Gemeinsame Flächen für Fuß- und Radverkehr (Fachexperte: Arne Blase
- Argumente für den Radverkehr
Fachexperte: Dr. Michael Meschik

➔ www.nationaler-radverkehrsplan.de/de/fahrradakademie/e-learning

Details, Einzelprogramme und Online-Anmeldung finden Sie stets aktuell im Difu-Internet:

➔ www.difu.de/veranstaltungen

Für Auskünfte steht unser Fortbildungssekretariat gerne zur Verfügung:

+49 30 39001-258/259/148
fortbildung@difu.de

Deutscher Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden 2016

Beim Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2016 wurden die drei „Nachhaltigsten Städte und Gemeinden Deutschlands“ ausgezeichnet – Difu war wieder als Partner für die Methodik und im Bewertungsverfahren beteiligt.



Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Nürnberg, Oberbürgermeister Dr. Manfred Wilde, Delitzsch, Bürgermeister Georg Lüdtker, Alheim, freuen sich über die Auszeichnung für ihre Städte.



Foto: Dariusz Misztal, DNP 2016

Am 25. November 2016 wurde der Deutsche Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden zum fünften Mal vergeben. Der Preis prämiiert kleine, mittlere und große Kommunen, die ihre Entwicklung vorbildlich nachhaltig gestalten und damit maßgeblich zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft beitragen. Er ist eine Initiative der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e. V. in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, kommunalen Spitzenverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Forschungseinrichtungen.

Das Difu übernahm wie auch in den Vorjahren federführend, zusammen mit dem Wuppertal-Institut und ICLEI, die Auswertung der Städtebewerbungen. Im Jahr 2016 wurde das Bewerbungsverfahren grundlegend erneuert. So wurde der dem Wettbewerb zugrundeliegende Fragebogen umfassend überarbeitet und zusätzlich eine zweite Wettbewerbsstufe in Form von Interviews mit Kommunen der engeren Auswahl eingeführt.

Auf Basis eines Fragebogens mit Fragen zum Nachhaltigkeitsprofil und zu den Aktivitäten der Kommunen in den Themenfeldern Klima & Ressourcen, Mobilität & Infrastruktur, Wirtschaft & Arbeit, Bildung & Integration, Lebensqualität & Stadtstruktur sowie Governance & Verwaltung wurde eine Erstbewertung vorgenommen. Je nach Größenklasse ergab sich eine Rangliste der Bewerber zur Auswahl für Wettbewerbsstufe II.

Die Interviews in der zweiten Bewertungsphase wurden von jeweils zwei Assessmentpartnern vor Ort durchgeführt. Sie vertieften einzelne Themen und thematisierten offene Fragen. Im Ergebnis entstand eine Shortlist herausragender Bewerbungen, auf deren Basis die prominent besetzte Jury unter dem Vorsitz von Dr. Günther Bachmann, Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung, die Entscheidung über die Nominierten und Preisträger traf. In der Jury wirkte auch der Institutsleiter des Difu, Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden, mit.

Am Abend des 25. November erhielten die (Ober-)Bürgermeister von „Deutschlands nachhaltigsten Städten und Gemeinden“ bei der glanzvollen Preisverleihung ihre Auszeichnungen. Es wurden ausgezeichnet: Nürnberg (Großstädte), die sächsische Stadt Delitzsch (Städte mittlerer Größe) und die nordhessische Gemeinde Alheim (kleinere Städte und Gemeinden) (vgl. Bild). Die drei Preisträger durften sich über jeweils 35.000 Euro Preisgeld von der Allianz Umweltstiftung freuen.

Neu war ein vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit ausgelobter Sonderpreis „PartnerStadt – Nachhaltige Infrastrukturen lokal und global“, den das Difu als Assessmentpartner begleitete. Unter vielen Bewerbungen konnte sich die Stadt Solingen mit einem multilateralen Ansatz der Entwicklungszusammenarbeit durchsetzen.



www.nachhaltigkeitspreis.de



Dr. Busso Grabow
+49 30 39001-248
grabow@difu.de

Dr. Jasmin Honold
+49 30 39001-198
honold@difu.de

225.000 Euro Preisgeld für klimaaktive Kommunen

Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks prämierte in Berlin die Gewinner des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune 2016“ im Rahmen der 9. Kommunalen Klimakonferenz.



Die Preisträgerkommunen 2016 und ihre Teams



Foto: Peter Himself / Difu

Die Gewinner im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2016“ stehen fest. Aus 99 Bewerbungen von Städten, Gemeinden und Landkreisen aus ganz Deutschland hat die Jury neun Kommunen ausgewählt, die mit ihren Projekten zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels beeindruckten. Jeder Preisträger erhielt 25.000 Euro Preisgeld, das in den Schutz des Klimas und die Klimafolgenbewältigung zu reinvestieren ist. Damit werden die Gewinner nicht nur für das bisher Geleistete belohnt, sondern stoßen weitere Klimaprojekte an. Ausgelobt wird der Wettbewerb seit 2009 vom Bundesumweltministerium zusammen mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Bekannt gegeben und gekürt wurden die Gewinner des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune 2016“ auf der 9. Kommunalen Klimakonferenz, die am 28. und 29. November 2016 in Berlin stattfand. Unter dem Titel „Schnittstellen erkennen – Synergien nutzen“ empfingen das Bundesumweltministerium und das Deutsche Institut für Urbanistik Klimaakteure aus ganz Deutschland. Prof. Martin zur Nedden, Difu-Institutsleiter, betonte zum

Konferenzstart die Bedeutung von interdisziplinärer Zusammenarbeit und thematischen Anknüpfungspunkten. Klimaschutz und Klimaanpassung werden vielerorts als Querschnittsaufgabe und Chance begriffen: Um Energie zu sparen, Kosten zu senken, die regionale Wertschöpfung voranzutreiben und unsere Städte und Gemeinden lebenswerter und zukunftsgerechter zu gestalten. Moderator und Diplom-Meteorologe Sven Plöger stimmte das Publikum mit einem Impulsvortrag zu klimatischen Veränderungen auf die darauffolgenden Diskussionsrunden ein. Experten aus verschiedenen Fachbereichen diskutierten den Zusammenhang von Klimaschutz und Klimaanpassung mit den Themen Mobilität, Urbanes Grün und Siedlungsentwicklung. Zusätzlich angeregt wurden die Gespräche durch Experten-Statements in Videoclips und durch die Einbindung des Publikums, das seine Einschätzung immer wieder mit roten und grünen Abstimmungskarten zum Ausdruck bringen konnte. Der fachliche Austausch wurde am zweiten Konferenztag in drei unterschiedlichen Foren fortgesetzt.

Höhepunkt des ersten Veranstaltungstages war die Auszeichnung der neun Preisträger im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2016“.



Anna Hogrewe-Fuchs
+49 221 340308-18
hogrewe-fuchs@difu.de

Ulrike Vorwerk, M.A.
+49 221 340308-17
vorwerk@difu.de



Bundesumweltministerin
Dr. Barbara Hendricks
gratuliert den Gewinnern



Foto: Peter Himself/Difu

Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks übergab die Preise zusammen mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände – Georg Huber vom Deutschen Landkreistag, Axel Welge vom Deutschen Städtetag und Roland Schäfer vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Hendricks betonte die Bedeutung der Klimaaktivitäten vor Ort: „Die Kommunen zeigen, wie Klimaschutz und Klimaanpassung vor Ort erfolgreich umgesetzt werden können. Kommunen sind Schlüsselakteure bei der Gestaltung eines klimaneutralen Deutschlands. Dieser Wettbewerb bringt wahre Klimaschutz-Erfolgsstories auf die Bühne, die viele weitere Kommunen zum Engagement im Klimaschutz motivieren werden. Die Preisträger-Kommunen, aber auch alle anderen Bewerbungen, zeigen: Klimaschutz ist ein wichtiger Impulsgeber für die Entwicklung wirtschaftlich erfolgreicher und zukunftsfähiger Regionen. Denn Klimaschutz steht für Innovation, Lebensqualität und regionale Wertschöpfung.“

Wettbewerbsrunde 2017 läuft

Kommunen und Regionen sind deutschlandweit aufgerufen, mit vorbildlichen Projekten am Wettbewerb "Klimaaktive Kommune 2017" teilzunehmen. Bewerbungsschluss ist der 15. April 2017.



www.klimaschutz.de/wettbewerb2017

Die neun gleichrangigen Gewinner

Kategorie 1: Kommunale Klimaprojekte durch Kooperation (44 Bewerbungen)

Stadt Uebigau-Wahrenbrück (Brandenburg)
Kooperationsprojekt – Brikettfabrik „Louise“ als außerschulischer Lernort

Landkreis Ebersberg (Bayern)
Virtuelles Kraftwerk als kommunales Gemeinschaftsprojekt

Enzkreis (Baden-Württemberg)
CO₂-Vermeidung und CO₂-Kompensation im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit

Kategorie 2: Klimaanpassung in der Kommune (11 Bewerbungen)

Stadt Arnberg (Nordrhein-Westfalen)
Klimaanpassung durch Renaturierung von Gewässern im Stadtgebiet

Stadt Jena (Thüringen)
Stadt- und Straßenbäume im Klimawandel

Stadt Karlsruhe (Baden-Württemberg)
Anpassung an den Klimawandel – Bestandsaufnahme, Strategie, Umsetzung

Kategorie 3: Kommunale Klimaaktivitäten zum Mitmachen (44 Bewerbungen)

Landkreis Elbe-Elster (Brandenburg)
Schulwettbewerb – Klimaschutz ist (eine) Kunst

Stadt Emden (Niedersachsen)
Ein Schlemmerfest setzt Zeichen. Emden à la Carte. Regionale Küche – köstlich und klimafreundlich

Stadt Ettlingen (Baden-Württemberg)
Energiesparboxen-Reihe für den Klimaschutz

Filme, Fotos und detaillierte Beschreibungen von den ausgezeichneten Projekten und der Preisverleihung finden Sie unter

www.klimaschutz.de/wettbewerb2016

Kommunen im demografischen Wandel: Aktiv die Zukunft gestalten

Kommunen im demografischen Wandel sind gefordert, neue Wege zu gehen und neue Instrumente und Methoden zu erproben. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt die Kommunen hierbei durch die Fördermaßnahme FONA.

Kommunen sollen als Initiatoren, Partner und Adressaten von Forschung, Entwicklung und Innovation für eine nachhaltige und demografiefeste Entwicklung der Regionen in Deutschland gestärkt werden. Neue Kooperationen von Kommunen mit Wissenschaft, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen sollen dabei neue Impulse für die Zukunft setzen. Es sollen Lösungen entwickelt werden, wie die räumlichen Auswirkungen des demografischen Wandels mit einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Stadt- und Regionalentwicklung gestaltet werden können. Am 10. und 11. November 2016 trafen sich in Berlin auf Einladung des wissenschaftlichen Begleitvorhabens „KomKomIn“, das vom Deutschen Institut für Urbanistik gemeinsam mit dem Institut Raum & Energie in den kommenden Jahren durchgeführt wird, rund 120 Beteiligte aus 15 geförderten Vorhaben. Die Auftaktveranstaltung war der Startschuss des internen Verständigungsprozesses und diente als erster Schritt der Vernetzung. Die Teilnehmenden konnten die anderen Forschungsvorhaben, die daran beteiligten Forschungseinrichtungen und die Praxispartner aus zahlreichen Kommunen kennenlernen und sich erstmalig intensiv austauschen. In Arbeitsgruppen wurden thematische Gemeinsamkeiten und Schnittstellen sowie mögliche Querschnittsthemen identifiziert und diskutiert. MinDirig Wilfried Kraus vom BMBF eröffnete die Veranstaltung mit einem Blick auf aktuelle Forschungsinitiativen seines Hauses, in deren Forschungsagenda er „Kommunen innovativ“ einordnete. Mit Verweis auf aktuelle Herausforderungen, wie den demografischen Wandel, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und die damit in Zusammenhang stehenden Transformationsprozesse, hob er die Bedeutung der Städte und Gemeinden als aktiv Handelnde und damit auch als Forschungspartner hervor. Anschließend stellte Dr. Stephanie Bock, Difu, unter dem Titel „Vernetzung, Kommunikation und Transfer“ die Ziele und die Arbeitsschwerpunkte des wissenschaftlichen Begleit-, Vernetzungs- und Transfervorhabens „KomKomIn“ vor. Es wird die geförderten Verbundprojekte bis Anfang 2020 begleiten.

Die Vorstellung der 15 geförderten Verbundprojekte der ersten Förderphase von „Kommunen innovativ“ nahm den Schwerpunkt des ersten Tages ein. Die Projekte präsentierten sich unter

drei Fokusthemen in thematischen Gesprächsrunden. Einen Fokus bildete das Thema „Infrastruktur und Daseinsvorsorge“, das die Verbünde Fokusland, lebenswert, NoLA, TempALand und JuMo-Westküste bearbeiten. Der demografische Wandel bedeutet in vielen Kommunen Bevölkerungsrückgang, Alterung und temporäre An- bzw. Abwesenheiten eines Teils der Bevölkerung. Für die kommunale Daseinsvorsorge und die Vorhaltung der notwendigen technischen und sozialen Infrastrukturen sind diese Entwicklungen eine besondere Herausforderung. Um die Infrastrukturen und Leistungsangebote daran auszurichten, sollen vorhandene Effizienzpotenziale ausgeschöpft, innovative Lösungen gefunden, neue Formen und Instrumente der Zusammenarbeit erprobt und eine Debatte über Möglichkeiten, Grenzen und Prioritäten der kommunalen Daseinsvorsorge im Zeichen des demografischen Wandels geführt werden. Im Fokus der Verbünde Bürgerfonds, IER-SEK, KIF, Kleinstadt_gestalten, Ortsinnentwicklung und KOMET stand das Thema „Innenentwicklung mit neuen Instrumenten“. Innenentwicklung ist eine entscheidende Stellschraube, um die Vitalität von Ortszentren zu sichern bzw. wiederzugewinnen, Bestandsimmobilien in ihrem Wert zu erhalten, um neue Infrastrukturbedarfe zu vermeiden und letztlich die Lebensqualität der Menschen in schrumpfenden Kommunen zu verbessern. Um die mit ihr verbundenen rechtlichen und organisatorischen Hürden zu überwinden, bedarf es neuer Träger- und Finanzierungsmodelle, integrierter Konzepte und der Sensibilisierung und Mobilisierung der Akteure.

„Partizipation und Innovation in Reallaboren“ bildet den thematischen Schwerpunkt der Verbünde KoSI-LAB, TransformBar, WatNu und CoProGrün. Partizipation im Sinne eines aktiven Miteinanders verschiedener Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung und Umsetzung akzeptanzfähiger und regional angepasster Innovationen. Nur so können die anstehenden Transformationsprozesse bewältigt werden. Hierfür werden belastbare Beteiligungskonzepte und Formate auf Augenhöhe entwickelt und modellhaft erprobt, mit denen unterschiedliche Zielgruppen ihre Interessen ver- und aus-handeln können.



www.kommunen-innovativ.de



Dr. Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de



Abbildung: 123COMICS

Den zweiten Tag eröffnete Prof. Dr. Dr. Ortwin Renn vom Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. Potsdam mit seinem Vortrag „Ungewissheiten verstehen und gemeinsam aktiv die Zukunft gestalten“. Mit Verweis auf die Herausforderungen einer zunehmenden Komplexität – und damit verbundenen Ungewissheit von Zukunft – richtete er den Blick auf Handlungsansätze, die es ermöglichen, mit zunehmend unsicherem Wissen, fehlenden Gewissheiten und unterschiedlichen Interpretationsmöglichkeiten von Wissen umzugehen. In dem Zurückführen der komplexen Herausforderungen auf die Lebenswelt der Einzelnen und ihrer Verortung im Alltag liege eine besondere Stärke des Handelns und Denkens auf lokaler Ebene. Lokale Überschaubarkeit und Vertrautheit seien ein Schlüssel zur Innovation. Eine besondere Bedeutung komme dabei der Bürgerbeteiligung und dem Bürgerengagement zu, um gemeinsam mit Verantwortlichen den Wandel zu gestalten. In diesem Zusammenhang müsse lokal gedacht und global gehandelt werden.

Die Vernetzung der Beteiligten wurde anschließend in Arbeitsforen zu Querschnittsthemen vertieft. Diskutiert wurden die Themen: Kommunen und Forschung, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Finanzierung und Geschäftsmodelle, Ungewissheiten und Szenarien, Governance sowie Verstetigung, Dauerhaftigkeit und Verbreitung in die Praxis. Diese Querschnittsthemen nehmen projektübergreifende Fragestellungen in den Blick, die für eine Mehrzahl der Forschungsvorhaben

von Relevanz sind. In den Arbeitsgruppen wurden Schwerpunkte einer weiteren gemeinsamen Arbeit entwickelt. Im weiteren Verlauf werden die Projekte in verbundübergreifenden Arbeitsgruppen zu moderierten Workshops eingeladen, sich zu diesen Fragestellungen auszutauschen, methodische Vorgehensweisen abzustimmen und Ergebnisse zusammenzuführen und zu kommunizieren.

Die große Beteiligung von Akteuren aus Forschung, Verwaltung, kommunaler Politik und Zivilgesellschaft verdeutlichte eindrucksvoll, wie ernst die geförderten Vorhaben den Aufruf des BMBF genommen haben, gemeinsam innovative Wege an der Schnittstelle von Wissenschaft und Praxis zu entwickeln und zu beschreiten. Im Rahmen einer zweiten Förderphase wird 2017 eine vergleichbare Anzahl von Verbundprojekten mit innovativen Konzepten für Kommunen im demografischen Wandel hinzustoßen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Projekte von „Kommunen innovativ“ vor allem eines verbindet: Ihr Mut, sich mit neuen Formen der verbindlichen Kooperation auf eine ungewisse Zukunft vorzubereiten. Kom-KomIn wird sie gerne auf diesem Wege begleiten und unterstützen. Die Fördermaßnahme ist Teil des Rahmenprogramms „Forschung für Nachhaltige Entwicklung“ (FONA).

Gender Budgetierung fördert Transparenz und Gerechtigkeit

Der 2. Münchner Frauenkongress „Haushalt fair teilen“ zeigte, wie die gleichstellungsorientierte Steuerung öffentlicher Finanzen zu mehr Effizienz, Transparenz und Gerechtigkeit beim Umgang mit Finanzhaushalten führt.

Mehr als 270 Interessierte aus Kommunen, Ministerien, Wissenschaft, Beratungsbüros und freien Trägern folgten im Oktober 2016 der Einladung der Landeshauptstadt München, des Deutschen Städtetages und des Difu zum 2. Münchner Frauenkongress. Nach dem Motto „Haushalt fair teilen“ ging es ums Geld und die gleichstellungsorientierte Steuerung von Finanzhaushalten. An beiden Tagen der ausgebuchten Veranstaltung wurden in Plenumsvorträgen und -diskussionen sowie in 16 thematischen Arbeitsforen ausgewählte genderorientierte Steuerungsmodelle vorgestellt, Erfahrungen mit Gender Budgeting ausgetauscht und Perspektiven entwickelt.

Gender Budgeting zeigt anhand der Geldströme öffentlicher Haushalte auf, wie Frauen und Männer bei staatlichen Maßnahmen berücksichtigt werden. Ziel ist kein separater Haushalt für Frauen oder das „Zählen von Fliegenbeinen“ – wie kritische Stimmen oft anmerken. Es geht vielmehr um die Einbeziehung der Geschlechterperspektive in alle Phasen und Bereiche von Haushaltspolitik. Wo wird Geld ausgegeben, wer profitiert davon, wo kann gespart werden: Die Antworten auf diese Fragen tragen zur Transparenz öffentlicher Haushalte bei. Gefördert wird damit die Effizienz des Einsatzes öffentlicher Gelder, da nicht nur auf die Verteilung, sondern auch nach dem Ergebnis der eingesetzten Ressourcen gefragt wird. Gender Budgeting wirkt als Lupe auf Ungleichheiten.

Ulrike Hauffe, Vorsitzende des Ausschusses für Frauen- und Gleichstellungsangelegenheiten des Deutschen Städtetages, eröffnete die Konferenz mit einer pointierten Gegenwartsanalyse aktueller Geschlechterverhältnisse und formulierte die Erwartung, dass von der Konferenz eine Welle ausgehen möge, die durch das Aufbrechen verkrusteter Strukturen den schon lange fälligen Wandel der Geschlechterverhältnisse ermögliche. In ihren Vorträgen wiesen sowohl Dr. Ernst Wolowicz, Stadtkämmerer der Landeshauptstadt München als auch Klaus Feiler, Finanzstaatssekretär, Senatsverwaltung Finanzen Berlin, auf die Potenziale eines gleichstellungsorientierten Haushaltens und die Verankerung der entsprechenden Verantwortung im Bereich der Finanzen hin. Während Ernst Wolowicz für die Aktivitäten in München, die einen Teil der Verwaltungsmodernisierung darstellen,



Foto: Stadt München/Nagy

durchaus noch „Luft nach oben“ konstatierte und Handlungsbedarf aufgezeigte, hob Klaus Feiler für Berlin wichtige Stellschrauben des Gender Budgeting wie die Verknüpfung von Daten und Zielformulierungen sowie den von der Finanzverwaltung initiierten Wettbewerb Gender Budgeting hervor.

16 Arbeitsforen zu einzelnen Schwerpunkten wie Personalcontrolling, Kulturförderung, Verkehrsplanung, Existenzgründung sowie zu Erfahrungen anderer Länder und Kommunen boten eine Plattform, um die Ergebnisse, Methoden und Umsetzungserfahrungen des Gender Budgeting vorzustellen und zu diskutieren.

Die Konferenz zeigte eindrucksvoll, wie Gender Budgeting – verstanden als verbindliche Managementaufgabe – nicht nur zu einer verbesserten Transparenz öffentlicher Ausgaben führen kann, sondern wie eine ziel- und gleichstellungspolitische Steuerung im Sinne „wir tun das Richtige für die Richtigen richtig“ zu besserer Wirksamkeit und mehr Gerechtigkeit führen kann.



www.bit.ly/2d1NXRT



Dr. Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Wohin geht die Reise beim autonomen Fahren in Kommunen?

Beim Difu-Workshop in Berlin wurde das Zukunftsthema autonomes Fahren diskutiert. Gemeinsam mit einem starken Öffentlichen Verkehr bietet es Chancen für das urbane Zusammenleben. Kommunen müssen zügig handeln, um den Prozess mit zu gestalten.

Autonomes bzw. automatisiertes Fahren ist derzeit in aller Munde: in den Medien, bei Symposien, in Gremien und in Fachzeitschriften. Bereits im Difu-Seminar „Stadtverkehr der Zukunft“ im Frühjahr 2016 wurde das ‚Ob‘ und ‚Wie‘ ausgiebig und auch kontrovers diskutiert. Doch über die Auswirkungen auf das urbane Leben und insbesondere den Stadtverkehr ist bislang wenig bekannt. Aus diesem Grund lud das Difu am 5. Oktober 2016 ausgewiesene Experten dieses Themas zum ein-tägigen Workshop und Gedankenaustausch ins Institut. Ihre Eingangstatements zeigten kein einheitliches Bild: Es reichte von der Einschätzung, dass hochautomatisiertes Fahren die Städte schon bald konkret verändern wird, bis zur Aussage, dass eine Umsetzung noch Jahrzehnte dauern wird. Einig waren sich die Experten, dass die Digitalisierung alle Lebensbereiche – und nicht nur den Verkehr – erreichen wird. Noch sei die (Stadt-)Gesellschaft jedoch nicht ausreichend in die Diskussion eingebunden. Eine Akzeptanz der Bevölkerung ist daher nicht vorhanden und (noch) nicht zu erwarten. Ein zentrales Ergebnis des Austausches überrascht, da es in der Fach- und öffentlichen Diskussion bislang noch wenig Berücksichtigung gefunden hat: Eine Verkehrswende mithilfe automatisierter Fahrzeuge muss vom Öffentlichen Verkehr (ÖV) als Rückgrat der Mobilität in den Städten gedacht werden.

Nach einer Beschreibung des Status quo der – derzeit überwiegend von Bildern der Automobil- und Technikbranche geprägten – Szenarien, diskutierten die Teilnehmer in Kleingruppen zu den Themen „Veränderung des Verkehrsangebots“, „Automatisiertes Fahren für die Daseinsvorsorge“ sowie „Ethik und öffentlicher Raum“. Während einige die Anpassung der städtischen Infrastrukturen an die neue Technologie kommen sahen, zweifelten andere, dass bisherige Nutzungen aufgegeben werden. Einigkeit bestand über das nach wie vor gültige Planungsprinzip „Vermeiden, Verlagern, Verbessern“ und darüber, dass im Bereich des ÖV nur die als Stufe 5 bezeichnete Form der Automatisierung, das fahrerlose Fahren, einen „Massenvorteil“ eröffne. Dafür müssten die Umsteigepunkte zwingend sinnvoll gestaltet werden. Zentrales Element aller Diskussionen war die (gerechte) Verteilung der Flächen sowie die Bedeutung des öffentlichen Raums. Unabhängig von den

Automatisierungsstufen im Individual- und öffentlichen Verkehr müssen insbesondere die Aufgabenträger und die Verkehrsunternehmen neue Kooperationen für ein qualitativ hochwertiges und für alle zugängliches Mobilitätsangebot erschließen. Die unter der Frage „Was kommt auf die Städte zu?“ stehende Abschlussdiskussion zeigte, dass die Kommunen umgehend handeln müssen – egal, wie schnell und tiefgreifend die Entwicklung sein wird. Sie müssen vordenken, sich Ziele setzen und den Prozess von Beginn an steuern. Neben aller Begeisterung für technische Lösungen dürfe die stadtverträglichste Form der Mobilität, der nichtmotorisierte Verkehr, nicht vergessen werden.

Tilman Bracher, Leiter des Bereichs Mobilität am Difu, resümiert: „Obwohl sich im Kfz-Verkehr durch ‚Dieselgate‘ und Dekarbonisierung viel verändern wird, erwarte ich keine disruptive Entwicklung. Ich befürchte, dass wir für das automatische Fahren in den Städten unabhängig geführte Fahrspuren benötigen. Im öffentlichen Schienenverkehr, wo es längst eigene Trassen gibt, sollte die Automatisierung vorangetrieben werden, um auch abends und am Wochenende kurze Taktfolgen mit verkürzten Zügen anbieten zu können.“

In den Kommunen gilt es, die Vision der lebenswerten Stadt mit der Debatte um autonomes Fahren zu verbinden und zu verhindern, dass es Entwicklungen gibt, die im Nachhinein nur schwer reversibel sind, wie etwa bei der autogerechten Stadt. Bilder, die die lebenswerte Stadt der Zukunft beschreiben, müssen jetzt entwickelt werden. Kommunen benötigen eine Orientierungshilfe, um die jetzt anstehenden Herausforderungen zu erkennen und als Chance zu nutzen.



Foto: WikiMedia DimiTVP



Dipl.-Geogr.
Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de

Dipl.-Volkswirt
Tilman Bracher
+49 30 39001-260
bracher@difu.de

Wassersensible Stadtentwicklung in wachsenden Städten

Forschungsverbund netWORKS zeigt Wege für neue planerische und infrastrukturelle Strategien im Umgang mit Wasser am Beispiel der Städte Frankfurt am Main und Hamburg.

Viele deutsche Ballungsräume wachsen derzeit. Das setzt nicht nur die lokalen Wohnungsmärkte, sondern auch die bestehenden Infrastrukturen erheblich unter Druck. Hinzu kommen spürbare Folgen des Klimawandels, die Anpassungsmaßnahmen im Bereich der stadttechnischen Netze und Anlagen erforderlich machen. Aus diesem Anlass führte der Forschungsverbund netWORKS im September 2016 zwei öffentliche Dialogveranstaltungen in Frankfurt am Main und Hamburg durch. Im Zentrum standen die Wasserinfrastrukturen und damit die Frage, wie sich eine wassersensible, also den klimatischen Veränderungen angepasste Stadtentwicklung realisieren lässt, und welche Rolle dabei das Wasser spielt. Die Bandbreite möglicher Klimaanpassungsmaßnahmen dabei ist groß: Hierzu zählen beispielsweise die Rückhaltung, Behandlung, Wiederverwendung, Versickerung und auch gezielte Verdunstung von Wasser. Klimaschutz und Klimaanpassung bedeuten aber auch die Förderung von Energie- und Ressourceneffizienz in den infrastrukturellen Systemen. In der Siedlungswasserwirtschaft haben in den letzten Jahren sogenannte multifunktionale Bewirtschaftungskonzepte und neuartige Systemlösungen an Aufmerksamkeit gewonnen. Im Fokus stehen dabei neben der Bewirtschaftung von Regenwasser vor allem der differenzierte Gebrauch von Wasser unterschiedlicher Herkunft und Qualität sowie die energie- und ressourceneffiziente Entsorgung von Abwasser einschließlich der Erschließung von Potenzialen des Abwassers für die städtische Energieversorgung.

Es gibt also offenbar Lösungen für eine wassersensible Stadtentwicklung, die zugleich Anreize für eine sparsame Energieverwendung und ein verändertes Stoffstrommanagement schaffen. Seit 2013 untersucht daher ein Team aus Wissenschaft und Praxis im Forschungsverbund netWORKS 3 unter der Leitung des Instituts für sozial-ökologische Forschung (ISOE) und des Difu, mit welchen Möglichkeiten sich bestehende Wasserinfrastrukturen gezielt und nachhaltig umgestalten lassen, damit sie den künftigen Anforderungen standhalten. In Hamburg wurde am Beispiel zweier Wohnquartiere das Potenzial neuartiger Wasserinfrastrukturkonzepte analysiert. In Frankfurt wurden mögliche Wege für einen Umbau der Wasserinfrastruktur erkundet. Die Konzepte konzentrieren



Foto: winkler netWORKS 2

sich auf Systemlösungen, die sich gezielt mit stadtplanerischen Bauvorhaben verbinden lassen. Zum Beispiel über Wohnhäuser, in denen Wärme aus Abwasser genutzt wird oder ganze Quartiere, in denen verschiedene Wasserqualitäten für unterschiedliche Zwecke bereitgestellt werden.

Wie diese Konzepte zu beurteilen sind, wurde in beiden Veranstaltungen intensiv diskutiert. Konstatiert wurde, dass für eine wassersensible Stadtentwicklung noch erhebliche Anstrengungen nötig sind. Stadtentwicklungsplanung, Umweltdezernate, Siedlungswasserwirtschaft und Wohnungswirtschaft sollten dabei eng zusammen wirken und gemeinsame Planungskonzepte entwickeln. Es besteht Bedarf an gemeinsamen Datenpools und Planwerken zu Extremwetterereignissen sowie Regenwasserrückhaltepotenzialen. Neuartige Wasserinfrastrukturen mit Betriebs- und Grauwassernutzung können helfen, bei vermehrt auftretenden Trockenzeiten absehbare Engpässe in der Wasserversorgung zu mildern. Retentionsräume im bebauten Raum können helfen, Überlastungen von Kanälen zu verhindern. Für die Umsetzung einer wassersensiblen Stadtentwicklung ist ein verstärkter Austausch über sinnvolle technische Lösungen für unterschiedliche Quartiere notwendig. Zudem gilt es, die Nutzungskonkurrenz zwischen Klimaanpassungsmaßnahmen und weiterer städtebaulicher Verdichtung anzugehen. In beiden Veranstaltungen bestand Einigkeit, dass der Dialog zum Thema fortgesetzt werden sollte.



netWORKS3 wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) innerhalb der Fördermaßnahme „Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (INIS)“ gefördert. Forschungs- und Projektpartner sind ISOE, Difu, Technische Universität Berlin, Fachgebiet Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik sowie COOPERATIVE – Infrastruktur und Umwelt. Praxispartner sind die ABG FRANKFURT HOLDING und die Hamburger Stadtentwässerung AöR.



www.networks-group.de



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Gesundes Aufwachsen von Kindern gemeinsam fördern

Rund 120 Fachkräfte von Jugendhilfe und Gesundheitswesen aus dem gesamten Bundesgebiet diskutierten in Berlin über Prävention und Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ) veranstaltete am 26. und 27. September 2016 in Kooperation mit dem AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe e.V. die Fachtagung „Was wir alleine nicht schaffen ... Prävention und Gesundheitsförderung im kooperativen Miteinander von Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitswesen“. Zur Tagung kamen 120 Fachkräfte der Jugendhilfe und des Gesundheitswesens nach Berlin, um sich darüber auszutauschen, wie das Verständnis der beiden Systeme füreinander verbessert und die Rechts- und Handlungssicherheit der Fachkräfte sowie die strukturelle Vernetzung unterstützt werden können. Hierzu wurden bewährte Handlungsmodelle kooperativer Prävention vorgestellt und die gemeinsame Intervention diskutiert.

Zu Beginn der Tagung stellte Dr. med. Helmut Hollmann, Chefarzt, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin am Kinderneurologischen Zentrum Bonn, die beiden Systeme sowie Erwartungen an das jeweils andere System kurz vor. Er nannte gemeinsame Ziele sowie Erfolgsfaktoren und Stolpersteine. Ein solches Ziel könne beispielweise die Schaffung eines „fördernden Milieus“ für Kinder, Jugendliche und ihre Familien sein. Ein förderndes Milieu sei wirksamer als eine (medikamentöse) Therapie. Deshalb sei die Einbeziehung der Eltern stets das „A und O“ jeder Therapie. Darüber hinaus sei es wichtig, Netzwerke wie bei „Frühen Hilfen“ und interdisziplinäre Qualitätszirkel zu pflegen und die eigene Arbeit zu evaluieren.

Prof. Dr. Stephan Rixen, Lehrstuhl Öffentliches Recht, Sozialwirtschafts- und Gesundheitsrecht, Universität Bayreuth, ging aus juristischer Sicht auf Datenschutzfragen sowie Rechte und Pflichten von Berufsgeheimnisträgern ein und erläuterte den strafrechtlichen Hintergrund, um mehr Handlungssicherheit für den Alltag zu vermitteln. Dr. med. Dipl.-Psych. Ingo Menrath, Assistenzarzt, Pädiater, Klinik für Kinder- und Jugendmedizin, Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, Lübeck, beschrieb anschließend, wie er den Umgang mit der Befugnisnorm für Berufsgeheimnisträger zur Informationsweitergabe an das Jugendamt in der Praxis erlebt. Aus ärztlicher Sicht schütze die Norm einerseits die Vertrauensbeziehung zwischen Arzt und Patient, andererseits ermögliche das

Gesetz die Weitergabe wichtiger Informationen an das Jugendamt. Leitlinien würden im alltäglichen Umgang allerdings fehlen, bestätigte er die Einschätzung von Prof. Stephan Rixen.

Prof. Dr. Raimund Geene, Professor für Kindliche Entwicklung und Gesundheit, Hochschule Magdeburg-Stendal, stellte die Inhalte des neuen Präventionsgesetzes vor und ging er auf die Frage ein, wie Gesundheitsförderung und Frühe Hilfen synergetisch zusammenwirken können. Ein guter Weg wäre die Einführung und Erarbeitung von Aktionsplänen und Bündnissen für gesundes Aufwachsen in Kommunen. Wichtig sei, kommunale Plattformen für alle zu beteiligenden Akteure zu schaffen.

Mit Hilfe eines neuen experimentellen Tagungsformats wurden das „Jugendhilfesystem“, vertreten durch Christine Gerber, Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Jugendinstituts e.V. (DJI), und das Gesundheitssystem, vertreten durch Dr. Andreas Oberle, Ärztlicher Direktor des Sozialpädiatrischen Zentrums und Leiter des interdisziplinären Kinderschutzteams am Klinikum Stuttgart Olgahospital, erfolgreich „therapiert“. Im Rahmen einer „moderierten Paartherapie“ tauschten die „Systemvertreter“ sich über das Vorgehen bei Auftreten eines Verdachtes auf Kindeswohlgefährdung in einer Klinik aus. Sie stellten dabei z.B. fest, dass sie über ganz unterschiedliche Zeithorizonte verfügen. Auch Bedenken, dass die Arbeit der Jugendamtmitarbeiter nicht ausreichend wertgeschätzt wird, konnten aus dem Weg geräumt werden. Die Frage „Wollen Sie es weiter miteinander versuchen?“ konnte schließlich mit einem klaren „Ja!“ beantwortet werden.



www.fachtagungen-jugendhilfe.de



Jessica Schneider,
M.Sc.PH
Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe
+49 30 39001-140
jschneider@difu.de

Sicherheit in Wohnumfeld und Nachbarschaft

Abschlussveranstaltung des Forschungsprojekts „transit“ zu Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen widmet sich unter anderem Lagebildern für Angsträume und Gefahrenorte sowie Sicherheitsaspekten für die Wohnungswirtschaft.



v.l.n.r.: Torsten Böttcher (Baugenossenschaft Wiederaufbau eG), Thomas Seliger (Präventionsrat Braunschweig), Dr. Katharina Schulze (Nibelungen Wohnbau GmbH), Dr. Andrea Hanke (Stadt Braunschweig), Raphael Richter (Polizei Braunschweig), Rolf Kalleicher (Braunschweiger Baugenossenschaft eG).



v.l.n.r.: Arno Peper (Polizei Emden), Rainer Kinzel (Stadt Emden), Onno Santjer (Kommunaler Präventionsrat Emden).



v.l.n.r.: Steffen Grimme (Polizei Lüneburg), Heiderose Schäfke (Lüneburger Wohnungsbau GmbH), Oberbürgermeister Ulrich Mädge (Hansestadt Lüneburg), Christiane Scholl (Kriminalpräventionsrat Lüneburg).



Fotos: Landeskriminalamt Niedersachsen

Am 3. November 2016 fand in Hannover die Abschlussveranstaltung des Forschungsprojekts „transit“ statt. In dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt ging es um transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen. Das Projekt wurde gemeinsam vom Landeskriminalamt Niedersachsen (LKA Nds.), dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) sowie F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH bearbeitet.

Das LKA Niedersachsen stellte das Instrument der kleinräumigen Lagebilder für Angsträume und Gefahrenorte und die Methode der Begehung als Instrument der Kriminalprävention vor. F+B erläuterte Sicherheitsaspekte in der Wohnungswirtschaft. Das Difu stellte lokalspezifische Netzwerke und angepasste Sicherheitsarchitekturen für Städte und Quartiere an drei Fallbeispielen aus Niedersachsen vor. Zudem zeigte es ausgewählte kooperative Maßnahmen zur Kriminalprävention aus anderen deutschen Städten und setzte sich mit den methodischen Herausforderungen von Transdisziplinarität für die Städte und die zivile Sicherheitsforschung auseinander.

In einem moderierten Gespräch zwischen Michael Isselmann (Leiter des Stadtplanungsamts der Stadt Bonn und Vorsitzender der Fachkommission Stadtplanung und Städtebau des Deutschen Städtetages), Axel Brockmann (Leiter des Referates Kriminalitätsbekämpfung im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport) und Heiner Pott (Direktor des Verbandes der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Niedersachsen Bremen), wurde die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verantwortlichen und die große Bedeutung von quartierorientierten Maßnahmen betont.

Im Rahmen der Veranstaltung unterzeichneten Verantwortliche aus Polizei, Wohnungswirtschaft und Stadtverwaltung aus Braunschweig, Emden und Lüneburg, darunter der Oberbürgermeister der Hansestadt Lüneburg Ulrich Mädge eine Absichtserklärung zur Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Aspekte in der Planung.



www.bit.ly/2l8uMtg



Dr. Holger Floeting
+49 30 39001-221
urbane-sicherheit@
difu.de

Herzlich willkommen: Norderstedt im Kreis der Difu-Zuwenderstädte

Seit diesem Jahr nutzt auch die Stadt Norderstedt die Difu-Serviceleistungen und profitiert von Studienergebnissen, Fortbildung und Beratungsangebot des Instituts.



Foto: Entwicklungsgesellschaft Norderstedt

In der schleswig-holsteinischen Stadt Norderstedt (Kreis Segeberg) stehen die Zeichen kontinuierlich auf Wachstum. Die Einwohnerzahl der Kommune, die unmittelbar an den Nordwesten Hamburgs angrenzt und seit 2005 den Sonderstatus der „Großen kreisangehörigen Stadt“ besitzt, ist seit der Stadtgründung im Jahr 1970 bis heute von 55.000 auf mehr als 79.000 angestiegen. Und vor allem der Wirtschafts- und Gewerbestandort Norderstedt konnte ausgebaut werden. In der Breite von einer Vielfalt mittelständischer Unternehmen geprägt, beherbergt dieser Wirtschaftsstandort auch Großunternehmen von Weltruf wie Casio (Europazentrale), Jungheinrich und Tesa.

Norderstedt profitiert von seiner Lagegunst in der Metropolregion und in unmittelbarer Nachbarschaft zu Hamburg und nutzt diese bestmöglich aus. In den vergangenen Jahrzehnten wurden weit reichende Entscheidungen innerhalb der Stadt gefällt, teils gegen den vorherrschenden Trend, die sich bis heute positiv auswirken. Anfang des Jahrtausends und lange vor anderen Kommunen setzte Norderstedt mit dem kommunalen Kommunikationsunternehmen wilhelm.tel auf die Glasfaser-Technologie. Eine Technik, die der Stadt und ihren Unternehmen ein vorbildliches High-Speed-Netz zur Datenübertragung bescherte und sich

zum „Export-Schlager“ entwickelte. In der Nähe zum Flughafen Hamburg wurden in Zeiten der Finanzkrise großflächige Gewerbegebiete ausgewiesen, in denen heute vor allem auch namhafte Logistikunternehmen ihren Standort haben.

Seit der Jahrtausendwende hat die Stadt viele nachhaltige Entwicklungen angestoßen und realisiert. Dazu zählte die Ausrichtung der schleswig-holsteinischen Landesgartenschau 2011 mit einem neuen Stadtpark, der sich dauerhaft zum beliebten Erholungs- und Veranstaltungsort entwickelte. Auf nachhaltige Entwicklungen zu setzen, hat sich für die Stadt bezahlt gemacht: In Form eines Imagegewinns, dem Zugewinn von Lebensqualität für die Bevölkerung und nicht zuletzt als Kostenvorteil. So konnten dank vielfältiger Maßnahmen zum Klimaschutz mehrere Millionen Euro an Energiekosten eingespart werden. Als Teilnehmerin des bundesweiten Projekts „Zukunftsstadt“ und als digitale Modellkommune übernimmt die Stadt Norderstedt innerhalb der kommunalen Familie eine Vorreiterrolle, um nachhaltige und damit zukunftsfähige Visionen zu entwickeln.





Michael Bretschneider †

starb am 24. September 2016. Der Volkswirt und Stadtplaner prägte das Institut als Difu-Wissenschaftler der ersten Stunde seit der Institutsgründung 1973 bis zu seinem Ruhestand im Jahr 2007 maßgeblich mit. Sein wissenschaftliches Interesse galt der Städtestatistik und vergleichenden Stadtforschung, was sich in zahlreichen Publikationen und Umfragen sowie der engen Verbindung zum Verband der Deutschen Städtestatistiker zeigte. Seine fachliche Arbeit begriff er stets als Dienst für die kommunale Gemeinschaft – ein besonderes Beispiel ist die Umfragedatenbank kommDeMos, die er ins Leben rief und als Instrument des Wissensaustauschs zwischen den Kommunen verstand. Diesem Anliegen galt auch die zuletzt von ihm veröffentlichte Publikation „Kommunale Umfragen für den interkommunalen Erfahrungsaustausch nutzbar machen“, verfasst im Ruhestand. Michael Bretschneider blieb dem Difu eng verbunden, arbeitete bis zuletzt an „seiner“ Datenbank und gab seinen Erfahrungsschatz stets gern an jüngere Kollegen weiter. So werden wir ihn in Erinnerung behalten und vermissen.

Anne Klein-Hitpaß

verließ Ende August 2016 nach sieben Jahren das Difu. Als wissenschaftliche Assistentin und Projektleiterin im Bereich der Institutsleitung arbeitete sie zunächst projektbezogen in den Themenfeldern demografischer Wandel, Infrastruktur und Mobilität. Später widmete sie sich stärker der städtischen Mobilität und wechselte in den Arbeitsbereich Mobilität, den sie seit 2016 stellvertretend leitete. Ihr Arbeitsschwerpunkt lag hier beim Thema Elektromobilität und ihrer Integration in städtische Verkehrssysteme. Daneben beschäftigte sie sich mit Zukunftsfragen städtischer Mobilität. Im Rahmen ihrer neuen Tätigkeit bleibt sie diesen Themen treu: als Projektleiterin „Städtische Mobilität“ unterstützt sie seit September 2016 das Team der Agora Verkehrswende.

Dr. Kirstin Lindloff

arbeitet seit November 2016 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Mobilität am Difu-Standort Berlin. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit liegen in den Themen Elektromobilität, neue Mobilitätsdienstleistungen und -technologien sowie der Policy-Analyse im Allgemeinen. In ihrer Doktorarbeit untersuchte die Politikwissenschaftlerin die Stringenz von Umweltregulierungen anhand der europäischen Abgasgesetzgebung für Pkw. An der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig war Kirstin Lindloff zuletzt als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig, und zuvor auch als Policy Analystin bei der OECD in der Abteilung für Public Governance und Räumliche Entwicklung.

Maja Röse

unterstützt seit Oktober 2016 als wissenschaftliche Mitarbeiterin das Team im Bereich Umwelt am Difu-Standort Köln. Die Diplom-Geographin setzte sich intensiv mit Fragestellungen zu den Auswirkungen des Klimawandels und den Strategien zur Anpassung an den Klimawandel auseinander und gewann während des Studiums Einblicke in die Prozesse der Klimaverhandlungen aus verschiedenen Perspektiven. An der Universität Bonn betreute sie nach ihrem Abschluss den Profilschwerpunkt Wasser und arbeitete zuletzt an der Fridtjof-Nansen Akademie als Referentin für politische Bildung. Als GIS-Analystin verfügt Maja Röse über methodische Kenntnisse im Bereich Fernerkundung und Geoinformationssysteme. Am Difu wird sie zunächst im Projekt KlimaPraxis arbeiten und an einer Studie zu Energiestandards mitwirken.

Kathrin Schormüller

verließ das Difu Ende September 2016 und ist seitdem als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Bundesanstalt für Straßenwesen tätig. Während ihrer über fünfjährigen Tätigkeit im Bereich Umwelt am Difu-Standort in Köln arbeitete die Geographin als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin in den Themenfeldern Klimaschutz und Lärminderung. Sie konzipierte und moderierte zahlreiche Veranstaltungen, wirkte an verschiedenen Publikationen mit und war unter anderem für die Durchführung von Umfragen und Evaluationen zuständig.

Jelka Wickham

ist seit September 2016 als Referentin für Veranstaltungskoordination und -planung im Projekt "Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)" am Standort Berlin tätig. Sie studierte Internationale Betriebswirtschaftslehre (B.Sc.) in Frankfurt/Oder und in Aarhus. Bereits während ihres Studiums sammelte sie Erfahrungen im Bereich Klima- und Energiepolitik sowie in der Veranstaltungskonzeption, u.a. in der Photovoltaikindustrie, wo sie auch nach ihrem Abschluss tätig war. Im Anschluss daran arbeitete sie bei einem auf die Energie- und Umwelttechnikmärkte spezialisierten Beratungsunternehmen. Dort leitete sie veranstaltungsbezogene Projekte der Exportförderung des BMWi sowie EU-geförderte Projekte der Themenfelder Energieeffizienz und Umwelttechnik.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Dr. Michael Bretschneider (Foto: privat)
Anne Klein-Hitpaß (Foto: David Ausserhofer)
Dr. Kirstin Lindloff (Foto: Roman Brodel)
Maja Röse (Foto: Nina Schöner)
Kathrin Schormüller (Foto: Jennifer Rumbach)
Jelka Wickham (Foto: privat)



Vortragsreise in asiatische Städte zur integrierten Stadtentwicklung

Vom 30. September bis 14. Oktober 2016 war Prof. Martin zur Nedden auf einer durch die Friedrich-Ebert-Stiftung angeregten Vortragsreise in Indonesien und Malaysia. Neben Vorträgen zu Themen wie Grundprinzipien der Stadtentwicklung, Soziale Stadt und integrierte Stadtentwicklungskonzepte, präsentierte Prof. zur Nedden auch Forschungs- und Dienstleistungsaktivitäten des Difu für Kommunen, knüpfte neue Kontakte zur internationalen Fachebene und partizipierte am Erfahrungsaustausch. Stationen seiner Reise waren u.a. der „Smart and Social City Concepts – an exchange on urban development in Indonesia and Germany“-Workshop an der Tarumanegara University in Jakarta und die Teilnahme an der „Roundtable Discussion on: Social City Concept: A Sustainable Approach to Urban Planning – an exchange on urban development in and Germany“ in Kuala Lumpur.

Gesellschaftsbezogene Nachhaltigkeitsforschung voranbringen

Dr. Jens Libbe hielt am 5. Oktober im Rahmen der BMBF-Abschlusskonferenz „Umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems“ einen Impulsvortrag mit anschließender Podiumsdiskussion zum Thema „Sektorkopplung von Infrastruktursystemen“. Gemeinsam mit den Teilnehmern der Konferenz wurden Zukunftsthemen der gesellschaftsbezogenen Nachhaltigkeitsforschung diskutiert, die die Energiewende weiter voranbringen sollen. Präsentationen, Workshop-Protokolle, Impulsvorträge und Projektergebnisblätter online:

➔ www.bit.ly/2IH1NKe

Besuch des Difu durch den sudanesischen Botschafter

Am 26. Oktober 2016 besuchten der sudanesischer Botschafter Badreldin Abdalla und seine Frau im Rahmen eines Informationsbesuches das Difu in Berlin. Der Botschafter zeigte sich sehr interessiert an den Forschungs- und Fortbildungsaktivitäten des Instituts sowie speziell am Thema integrierte Stadtentwicklung. Da Karthum die Umsetzung einer integrierten Stadtentwicklung anstrebe, war vor allem in diesem Themenbereich das Interesse an einem Erfahrungsaustausch sehr groß. So könnten möglicherweise von den vielfältigen Erfahrungen der

Kommunen in Deutschland Ideen und Impulse auch für die Entwicklung Karthums von Nutzen sein.

Monitor Nachhaltige Kommune auf Deutschem Nachhaltigkeitstag

Am 25.11.2016 trug Dr. Busso Grabow als einer der geladenen Experten aus Wirtschaft, Forschung, Zivilgesellschaft und Politik auf dem 9. Deutschen Nachhaltigkeitstag in der Landeshauptstadt Düsseldorf vor. Gemeinsam mit Dr. Kirsten Witte von der Bertelsmann Stiftung stellte er unter der Überschrift „Zukunftsorientierung messen – Welchen Beitrag der Monitor nachhaltige Kommune leistet“ die aus dem gemeinsamen Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ gewonnenen Ergebnisse und Erkenntnisse vor. Das Projekt bietet erstmals die Möglichkeit zum bundesweiten Monitoring der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene.

➔ www.bit.ly/2kYS9TD

Fahrradakademie goes Netherlands

Vertreter des Difu trafen sich am 17. November 2016 in der Botschaft des Königreichs der Niederlande mit der Referentin für Umwelt und Mobilität der Botschaft sowie einem Vertreter der Stadt Amsterdam. Angedacht ist eine Kooperation im Rahmen eines Parlamentarischen Abends in Berlin, der für das erste Halbjahr 2017 geplant ist.

Wissenschaftlicher Beirat des Difu mit neuen Mitgliedern

Das Difu freut sich, auf der Bank der Kommunalpraktiker zwei neue Beiratsmitglieder begrüßen zu können: Oberbürgermeister Stefan Schostok aus der Landeshauptstadt Hannover sowie Oberbürgermeister Thomas Kufen aus der Stadt Essen. Die Bank der Wissenschaft wird künftig durch Prof. Dr. Sabine Kuhlmann von der Universität Potsdam verstärkt. Ein weiteres Mitglied folgt in Kürze. Der Wissenschaftliche Beirat berät die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung des Difu in fachlicher Hinsicht, insbesondere zu Arbeits- und Fortbildungsprogrammen, zu Projekten und Produkten, zu den Leitlinien der fachlichen Tätigkeit der Gesellschaft sowie zur langfristigen strategischen Ausrichtung und Entwicklung der Gesellschaft.

➔ www.difu.de/14

Difu als Sachverständiger bei Bundestags-Anhörungen

Die Stadtumbauprogramme Ost und West sind bei Sachverständigen und Abgeordneten aller Fraktionen auf positive Resonanz gestoßen. Anlässlich eines Fachgesprächs am 25. Januar 2017 im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zur Evaluierung beider Programme, sprachen sich Experten und Vertreter der Fraktionen dafür aus, die Programme zusammen- und fortzuführen. Prof. Martin zur Nedden, Direktor und Geschäftsführer des Difu, äußerte sich als einer der geladenen Sachverständigen.

➔ www.bit.ly/2ImPDsx

Mit der Einführung der neuen Baugebietskategorie „Urbanes Gebiet“ will die Bundesregierung Kommunen das Planen und Bauen in innerstädtischen Gebieten erleichtern. Die entsprechende Änderung der Baunutzungsverordnung ist Teil eines Gesetzentwurfs der Bundesregierung, der am 15. Februar 2017 im Mittelpunkt einer zweistündigen Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit stand. Prof. Dr. Arno Bunzel, Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des Difu, äußerte sich als einer der geladenen Sachverständigen.

➔ www.bit.ly/2lguT60

Fotos: v.l.n.r.

Luftbild von Kuala Lumpur; Eröffnung der Abschlusskonferenz durch Wilfried Kraus, BMBF (Foto: Tillman Bruns; Projektträger Jülich, Forschungszentrum Jülich GmbH); Sudanesischer Botschafter Badreldin Abdalla und Ehefrau sowie Institutsdirektor Prof. zur Nedden; Prof. Dr. Arno Bunzel, Difu, Hilmar von Lojewski, Deutscher Städtetag, bei der Sachverständigenanhörung im Bundestag.



Veröffentlichungen zum Download

Berichte 1/2017

➔ www.difu.de/11088

Baukulturbericht

Stadt und Land 2016/2017

➔ www.difu.de/10968

Monitor Nachhaltige Kommune

➔ www.difu.de/10994

Gutachten 2015 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber

➔ www.difu.de/10948

Rechtliche Rahmenbedingungen neuartiger Wasserinfrastrukturen

➔ www.difu.de/10946

Kommunale Unternehmen in Deutschland als Erfahrungsträger und Kooperationspartner für Kommunen in Schwellen- und Entwicklungsländern - eine Bestandsaufnahme

➔ www.difu.de/10801

Wärmewende im Quartier

➔ www.difu.de/10875

Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe

➔ www.difu.de/10875

Pendeln mit Rückenwind

➔ www.difu.de/11059

Commercial Transport in Urban Areas

➔ www.difu.de/11020

Urbanes Grün in der doppelten Innenentwicklung

➔ www.difu.de/11016

★ Veranstaltungsdokus – exklusiv für Zuwender

Vielfalt in der Grünflächen- und Freiraumentwicklung. Urbanes Grün mit neuen Akteuren und Konzepten

➔ www.difu.de/10806

Perspektiven für die ÖPNV-Finanzierung

➔ www.difu.de/11071

Handlungsdruck durch den städtischen Wirtschaftsverkehr und Lösungsvorschläge

➔ www.difu.de/11004

Inklusion in Schulen – vom Konzept zur Investition in der Kommune

➔ www.difu.de/10978

Online-Handel: Trend oder Hype? Und was heißt das für die (Innen-)Städte?

➔ www.difu.de/10979

Rahmenbedingungen und aktuelle Probleme der kommunalen Sportpolitik

➔ www.difu.de/10973

Integration neu denken, aber wie? Willkommenskultur und deren Gestaltung in Stadt und Umland bei der Integration von Flüchtlingen in Deutschland

➔ www.difu.de/10961

Sichere Räume in den Städten: Polizei, Kommune und Wohnungswirtschaft – durch Kooperation zu mehr Sicherheit in der Stadt

➔ www.difu.de/10824

Zu viel Erfolg oder zu wenig Geduld? Die Renaissance des städtischen Wohnens als Herausforderung für die Wohnungspolitik

➔ www.difu.de/10949

★ Vorträge – exklusiv für Zuwender

Busso Grabow u.a., Anja Sabanovic (Senat Berlin) und Elke Plate (Senat Berlin): Vorträge zum Difu-Dialog „Digitalisierung und Industrie 4.0 – Chancen für die Standortentwicklung und Stadtentwicklungsplanung?“

➔ www.difu.de/11061

Bernd Hirschl (IÖW), Ulrich Bogner (Siedlung Eichkamp), Uta Bauer (IG Heerstraße) und Wilfried Boysen (ber. Ingenieur): Vorträge zum Difu-Dialog „Die Zukunft der Wärmeversorgung in Berlin. Umbau notwendig – aber wie?“

➔ www.difu.de/11025

Hilmar von Lojewski (Deutscher Städtetag): HABITAT III und New Urban Agenda – und wie weiter?

➔ www.difu.de/10996

Tilman Bracher:

Was bedeutet automatisches Fahren für die Städte und Gemeinden?

➔ www.difu.de/10986

Bettina Reimann:

Zukunftsfähigkeit und Zuwanderung – Bedingungen und Potenziale der Integration in kleinen Städten und Gemeinden

➔ www.difu.de/10967

Tilman Bracher:

Betreibermodelle für ÖFVS – Ein Überblick

➔ www.difu.de/10944

Sebastian Bührmann, Sabine Schulten und Jens Stachowitz (Stachowitz Kommunalberatung): Fahrradpolitik erfolgreich umsetzen: Beispiele und Anregungen

➔ www.difu.de/10945

Tilman Bracher:

Mobil in der Stadt 2050 – Herausforderungen für umweltverträgliche Lösungen

➔ www.difu.de/10943

Martina Hertel:

Parkraummanagement und Mobilitätsmanagement für lebenswerte Städte: zwei Seiten einer Medaille!?

➔ www.difu.de/10855

★ Infos zu Exklusivmaterial für Zuwender

➔ www.difu.de/43



Bayerische Gemeindezeitung, 8.12.2016

Monitor Nachhaltige Kommune

Die Mehrzahl der Kommunen steht zu einer nachhaltigen Entwicklung. Allerdings war es bisher schwierig, den Erfolg des nachhaltigen Handelns zu messen. [...]

➔ www.bit.ly/2lscrrN

Süddeutsche Zeitung online, 28.11.2016

Rückenwind für die Energiewende

[...] Mit der Gründung dieses virtuellen Kraftwerks hat der Landkreis mit 19 Kommunen Pionierarbeit geleistet – und nun beim Bundeswettbewerb „Klimaaktive Kommune 2016“ einen Hauptpreis gewonnen. [...]

➔ www.sz.de/1.3270674

Süddeutsche Zeitung, 22.11.2016

Die Stadt als Labor

Das Forschungsprojekt „City2Share“ soll in Sendling und der Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt neue Wege der Mobilität in der Praxis erkunden. [...]

➔ www.sz.de/1.3259262

Welt online, 4.11.2016

Intelligente Stadtplanung für mehr Sicherheit

Das Bundesland Niedersachsen will [...] nach einem erfolgreichen Modellprojekt [...] neben der Polizei die Stadtplanung und Wohnungswirtschaft in Konzepte für mehr Sicherheit einbeziehen. [...]

➔ www.bit.ly/2lwQcNa

Psychologie Heute, 11/2016

Hier lässt sich's wohnen!

Jeder Mensch hat ein Anrecht auf einen Ort, an dem er gesund und sicher leben und sich wohlfühlen kann. Doch was braucht es zum Wohlfühlen? Gar nicht so furchtbar viel, sagt die Architekturpsychologie. [...]

➔ www.bit.ly/2kQ6DF8

VDI Nachrichten, 28.10.2016

Urbane Intelligenz

Auf dem Weltsiedlungsgipfel in Ecuador wurde die Zukunft der Städte diskutiert. Auch intelligente Städte standen auf der Agenda. [...]

➔ www.bit.ly/2lyZGs4

DIE ZEIT, 20.10.2016

Der Irrglaube an die Privatisierung

Kommunen sollten die Niedrigzinsen nutzen, um Wohnungen, Krankenhäuser und Energiebetriebe zurückzukaufen. [...]

➔ www.bit.ly/2fbkbl1

The Jakarta Post, 4.10.2016

Public participation needed to create livable city for all

[...] Martin zur Nedden, the executive director of the German Institute of Urban Affairs, said the city administration should consider engaging with residents in decision making related to the city as a vital infrastructure investment. [...]

➔ www.bit.ly/2lwF1nt

Frankfurter Rundschau, 4.10.2016

Mit dem Duschwasser Geschirr spülen

Die Stadt sucht gemeinsam mit Wissenschaftlern nach Möglichkeiten, sparsamer mit Wasser umzugehen. Experten entwickeln ein intelligentes Aufbereitungssystem. [...]

➔ www.bit.ly/2kclbv1

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 25.09.2016

Leben in der Box

Erfolgsgeschichten am Wohnungsmarkt haben gegenwärtig ausgerechnet die Anbieter kleiner Wohnungen zu erzählen. [...]

➔ www.bit.ly/2dMCTGB

Die Welt, 20.09.2016

Mehr Geld für Straßen und Schienen

Der Bund investiert Milliarden in Gleise, Autobahnen und Brücken. Doch Kritiker mahnen, dass der Bedarf viel größer sei und alles noch schneller gehen sollte. [...]

➔ www.bit.ly/2kX9AX1

WDR Aktuell, 09.09.2016

Sicherer durch die Stadt dank geschützter Fahrradspuren?

Angesichts kilometerlanger Staus setzen Großstädte verstärkt auf Radfahrer. Doch noch fehlt den meisten Städten die entsprechende Infrastruktur, und neue Fahrradwege sind teuer und brauchen viel Zeit. [...]

➔ www.bit.ly/2lyZetR

Deutschlandradio, 23.08.2016

Deutschland wird das 30-Hektar-Ziel verfehlen. Bis 2020 will Deutschland den Flächenverbrauch auf maximal 30 Hektar pro Tag verringern, so das Ziel der Bundesregierung. Derzeit liegt er bei 73 Hektar, also weit entfernt vom Ziel. [...]

➔ www.bit.ly/2kud2EW

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 21.8.2016

Die vernetzte Stadt

Überall auf der Welt wird am Konzept der smarten Stadt getüftelt, um das Leben der Bewohner bequemer, sicherer und energieeffizienter zu gestalten. Wo führt das alles hin? [...]

➔ www.bit.ly/2bCsoUH

Der Tagesspiegel, 17.8.2016

Wie die Verwaltung im wachsenden Berlin auf der Strecke bleibt

Seit 30 Jahren wird an der öffentlichen Verwaltung in der Hauptstadt herumgedoktert – mit bescheidenen Erfolgen. [...] Vor einigen Jahren legte das Deutsche Institut für Urbanistik ein Konzept für die „Service-Stadt Berlin 2016“ vor. [...]

➔ www.bit.ly/2lrWhhK

Kommunalpolitische Blätter, 7-8/2016
Oberbürgermeister-Barometer 2016

Die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen wird von den Stadtspitzen großer deutscher Städte weiter als primäres Handlungsfeld und gleichzeitig größte Herausforderung für die nächsten Jahre gesehen. [...]

➔ www.bit.ly/2kX60fA

zur Pressestelle

➔ www.difu.de/presse



Deutsches Institut
für Urbanistik

Deutsches Institut
für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13 - 15
10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-0
www.difu.de

